

**Eigenbetrieb
„Städtisches Pflegeheim Am Lutzepark“
Lange Straße 38
06366 Köthen (Anhalt)**

Geschäftsjahr 2017

Bericht

über
die Prüfung des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2017
und des Lageberichts für das Wirtschaftsjahr 2017

erstattet von
Dipl.-Ök. Sylvia Hoffmann
Wirtschaftsprüferin
Gesellschafterin der Partnerschaft
DLP Dernehl, Lamprecht & Partner mbB
Steuerberater und Wirtschaftsprüfer
Dessau-Roßlau / Köln / Leipzig / Köthen (Anhalt)

Inhaltsverzeichnis	Seite
Anlagenverzeichnis.....	3
Abkürzungsverzeichnis.....	4
A. Prüfungsauftrag	5
B. Grundsätzliche Feststellungen	7
Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Heimleitung	7
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	9
D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	12
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	12
1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	12
2. Jahresabschluss	12
3. Lagebericht	13
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	14
1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	14
2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen	14
3. Änderungen in den Bewertungsgrundlagen.....	15
4. Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen.....	16
5. Aufgliederungen und Erläuterungen	16
III. Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	17
1. Vermögenslage (Bilanz)	17
2. Finanzlage (Kapitalflussrechnung)	21
3. Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)	23
E. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrags	25
Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG	25
F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung	26

Anlagenverzeichnis

Anlage 1	Bilanz zum 31. Dezember 2017
Anlage 2	Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr 2017
Anlage 3	Anhang für das Wirtschaftsjahr 2017
Anlage 4	Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2017
Anlage 5	Bestätigungsvermerk
Anlage 6	Rechtliche Verhältnisse
Anlage 7	Steuerliche Verhältnisse
Anlage 8	Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2017
Anlage 9	Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG für das Wirtschaftsjahr 2017

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und
Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017

Abkürzungsverzeichnis

BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BilRUG	Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz
DATEV	Datenverarbeitung und Dienstleistung für den steuerberatenden Beruf eG, Nürnberg
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
EigBG	Eigenbetriebsgesetz
EStG	Einkommensteuergesetz
EStR	Einkommensteuer-Richtlinie
FördG	Fördergebietsgesetz
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
HFA	Hauptfachausschuss des IDW
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
HR	Handelsregister
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf
IDW PS 450	IDW Prüfungsstandard: „Grundsätze ordnungsgemäßer Berichterstattung bei Abschlussprüfungen“
IDW PH 9.450.1	IDW Prüfungshinweis: „Berichterstattung über die Prüfung öffentlicher Unternehmen“
IKS	Internes Kontrollsystem
JA	Jahresabschluss
LB	Lagebericht
PBV	Pflegebuchführungsverordnung
PH	Prüfungshinweis des IDW
PS	Prüfungsstandards des IDW
SGB	Sozialgesetzbuch
T€	Tausend Euro
UR-Nr.	Urkundenrollen-Nummer

A. Prüfungsauftrag

Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Köthen (Anhalt) beauftragte mich (Sylvia Hoffmann) als Wirtschaftsprüferin und Mitglied der DLP Dernehl, Lamprecht & Partner mbB, den **Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017** unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung und den **Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2017** des

Eigenbetriebes „Städtisches Pflegeheim Am Lutzepark“

– im Folgenden auch kurz „Pflegeheim“ oder „Eigenbetrieb“ genannt –

nach berufsüblichen Grundsätzen zu prüfen sowie über das Ergebnis unserer Prüfung schriftlich Bericht zu erstatten.

Unter Beachtung der Eigenverantwortung als Wirtschaftsprüfer erfolgte die Prüfung als Teamarbeit, so dass als Ausdruck der gemeinsamen Bewältigung der gestellten Aufgabe im Folgenden von „wir“ die Rede sein wird, soweit es nicht konkret auf die Einzelverantwortlichkeit ankommt, wie etwa bei der Unterzeichnung des Berichts und des Bestätigungsvermerks.

Der Prüfungsauftrag des Rechnungsprüfungsamts der Stadt Köthen (Anhalt) ist datiert vom 23. April 2018.

Der Eigenbetrieb ist auf der Grundlage der Regelungen des § 142 Abs. 1 Kommunalrechtsreformgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt sowie des § 131 Gemeindeordnung LSA in Verbindung mit § 19 Abs. 3 des Eigenbetriebsgesetzes **prüfungspflichtig**.

Bei unserer Prüfung waren auftragsgemäß auch die Vorschriften des **§ 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG** zu beachten.

Auftragsgemäß haben wir den Prüfungsbericht um einen **besonderen Erläuterungsteil** erweitert, der diesem Bericht als **Anlage 8** beigelegt ist.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4 a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Über Art und Umfang sowie über das Ergebnis unserer Prüfung erstatten wir den nachfolgenden Bericht, der nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450 und IDW PH 9.450.1) erstellt wurde.

Der Bericht enthält in Abschnitt B. vorweg eine Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Heimleitung.

Die Prüfungsdurchführung und die Prüfungsergebnisse sind in den Abschnitten C. und D. im Einzelnen dargestellt. Die Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrags, d.h. die Prüfung nach § 53 HGrG, sind in der **Anlage 9** dargelegt.

Der aufgrund der Prüfung erteilte uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wird in Abschnitt F. wiedergegeben.

Dem Bericht haben wir den geprüften Jahresabschluss, bestehend aus der Bilanz (**Anlage 1**), der Gewinn- und Verlustrechnung (**Anlage 2**) und dem Anhang (**Anlage 3**) sowie den geprüften Lagebericht (**Anlage 4**) beigefügt.

Der Bestätigungsvermerk ist in **Anlage 5** enthalten.

Die rechtlichen und steuerlichen Verhältnisse haben wir in den **Anlagen 6 und 7** tabellarisch dargestellt.

Weitergehende Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung ergeben sich aus **Anlage 8**.

Für die Durchführung des Auftrags und die diesbezügliche Verantwortlichkeit, auch im Verhältnis zu Dritten, sind die vereinbarten und diesem Bericht als Anlage beigefügten „Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017“ maßgebend.

Dieser Prüfungsbericht wurde nur zur Dokumentation der durchgeführten Prüfung gegenüber der Gesellschaft und nicht für Zwecke Dritter erstellt, denen gegenüber wir entsprechend der im Regelungsbereich des § 323 HGB geltenden Rechtslage keine Haftung übernehmen.

B. Grundsätzliche Feststellungen

Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Heimleitung

Die Heimleitung hat im Lagebericht (**Anlage 4**) und im Jahresabschluss (**Anlagen 1 bis 3**), insbesondere im Anhang die **wirtschaftliche Lage des Eigenbetriebes** beurteilt.

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nimmt der Abschlussprüfer mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Lagebeurteilung durch die Heimleitung im Jahresabschluss und im Lagebericht Stellung. Dabei gehen wir insbesondere auf die Beurteilung des Fortbestands und der zukünftigen Entwicklung des Eigenbetriebes unter Berücksichtigung des Lageberichts ein. Unsere Stellungnahme geben wir aufgrund unserer **eigenen Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes** ab, die wir im Rahmen unserer Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gewonnen haben.

Folgende Aspekte der Lagebeurteilung sind hervorzuheben:

- Das „Städtische Pflegeheim Am Lutzepark“ verfügte im Geschäftsjahr 2017 über insgesamt 80 anerkannte Pflegeplätze. Die durchschnittliche Kapazitätsauslastung betrug 100,18 %; sie hat sich gegenüber dem Vorjahr (100,51 %) nur geringfügig verringert.
- Eine Kreditlinie und offene Rechnungen bestehen zum Bilanzstichtag nicht.
- Arbeitgeber und Gewerkschaften haben in der Tarifrunde für den öffentlichen Dienst in der dritten Verhandlungsrunde am 29. April 2016 eine Einigung erzielt. Die Einigung sah Gehaltssteigerungen von 2,4 % ab 1. März 2016 und weitere 2,35 % ab Februar 2017 vor. Die Mindestlaufzeit beträgt 24 Monate bis zum 28. Februar 2018.
- Ab Januar 2017 gilt für alle Bewohner, egal welcher Pflegestufe bzw. Pflegegrad, ein einheitlicher Pflegesatz.
- Da zum 1. Januar 2017 neue Pflegesätze auf der Grundlage der neuen Pflegegrade verhandelt werden, können die zum Februar 2017 geplanten Tarifsteigerungen eingeplant werden. Es kann davon ausgegangen werden, dass das verhandelte Budget bei 97 %iger Auslastung und entsprechender Zuordnung der Bewohner in den Pflegegraden ausreichend ist.
- Die wirtschaftliche Situation der Pflegeeinrichtung hängt wesentlich von der Auslastung der Einrichtung und der Zusammensetzung der Belegung nach den einzelnen Pflegegraden ab.

- Es ist aber anhand der Entwicklung der Pflegegrade 2017 abzusehen, dass langfristig der durchschnittliche Pflegegrad sinken wird. Dies hat neben der Veränderung der Bewohnerstruktur auch betriebswirtschaftliche Konsequenzen. Der für 2017 ausgewiesene Gewinn in Höhe von € 63.200,00 wird sich für 2018 nicht fortsetzen. Da die Bewohner, die jetzt neu begutachtet werden, niedrigere Pflegegrade erhalten als die Bewohner, die sich von uns verabschiedet hatten.
- Eine besondere Beachtung ist demzufolge dem Personaleinsatz im Pflegebereich zu widmen sowie einem Wagniszuschlag, welcher mit dem dritten Pflegestärkungsgesetz (PSG) nach § 84 Abs. 2 SGB XI ein angemessenes Unternehmerrisiko für stationäre Einrichtungen berücksichtigt.

Die oben angeführten Hervorhebungen werden unten in Abschnitt D. III. durch analysierende Darstellungen wesentlicher Aspekte der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergänzt.

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes einschließlich der dargestellten Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung plausibel und folgerichtig abgeleitet. Die Lagebeurteilung durch die Heimleitung ist dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend.

Aufgrund der uns zur Verfügung gestellten Unterlagen und der von uns stichprobenweise vorgenommenen Prüfungshandlungen lassen sich keine Erkenntnisse ableiten, die eine von der Heimleitung abweichende Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes rechtfertigen würden.

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Gegenstand unserer Prüfung waren die Buchführung, der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 (**Anlagen 1 bis 3**) und der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2017 (**Anlage 4**) sowie die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung.

Den Lagebericht haben wir auch daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Eigenbetriebes vermittelt; dabei haben wir auch geprüft, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind.

Durch das Rechnungsprüfungsamt wurde der Gegenstand der Prüfung um die Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) **erweitert**.

Eine Überprüfung von Art und Angemessenheit des Versicherungsschutzes, insbesondere ob alle Wagnisse berücksichtigt und ausreichend versichert sind, war nicht Gegenstand unseres Prüfungsauftrags.

Die Heimleitung des Eigenbetriebes ist für die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht sowie die uns gemachten Angaben verantwortlich. Unsere Aufgabe ist es, die von der Heimleitung vorgelegten Unterlagen und die gemachten Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Die **Prüfungsarbeiten** haben wir in der Zeit vom 7. Mai 2018 bis 8. Mai 2018 in den Geschäftsräumen des Eigenbetriebes vorgenommen. Anschließend erfolgte die Fertigstellung des Prüfungsberichts.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 14. September 2017 versehene **Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2016**.

Als **Prüfungsunterlagen** dienten uns die Buchhaltungsunterlagen, die Belege und das Akten- und Schriftgut des Eigenbetriebes.

Alle von uns erbetenen **Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise** sind uns von der Heimleitung und den zur Auskunft benannten Mitarbeitern bereitwillig erbracht worden.

Ergänzend hierzu hat uns die Heimleitung in der berufsüblichen **Vollständigkeits-erklärung** schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und in dem zu prüfenden Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten, alle erforderlichen Angaben gemacht und uns alle bestehenden Haftungsverhältnisse bekannt gegeben worden sind.

In der Erklärung wird auch versichert, dass der Lagebericht hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres sind im Lagebericht dargestellt. Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach dieser Erklärung nicht ergeben und sind uns bei unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

Bei **Durchführung unserer Jahresabschlussprüfung** haben wir die Vorschriften der §§ 316 ff. HGB und die vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung beachtet. Danach haben wir unsere Prüfung problemorientiert – jedoch ohne spezielle Ausrichtung auf eine Unterschlagungsprüfung – so angelegt, dass wir Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes wesentlich auswirken, hätten erkennen müssen.

Art, Umfang und Ergebnis der im Einzelnen durchgeführten Prüfungshandlungen sind in unseren **Arbeitspapieren** festgehalten.

Der Prüfung lag eine **Planung** der Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung unserer vorläufigen Lageeinschätzung des Eigenbetriebes und eine Einschätzung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems (IKS) zugrunde. Die Einschätzung basierte insbesondere auf Erkenntnissen über die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Branchenrisiken, Strategie des Eigenbetriebes und die daraus resultierenden Geschäftsrisiken sind aus der Prüfung des Vorjahresabschlusses, aus Gesprächen mit der Heimleitung und Mitarbeitern des Eigenbetriebes sowie aus Branchenberichten und der einschlägigen Fachpresse bekannt.

Aus den bei der Prüfungsplanung festgestellten Risikobereichen ergaben sich folgende **Prüfungsschwerpunkte**:

- Entwicklung des Anlagevermögens und des Sonderpostens
- Umsatzrealisation, insbesondere Vollständigkeit und Abgrenzung
- Vollständigkeit der Rückstellungen
- weitere Einzelsachverhalte mit wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Ausgehend von einer Beurteilung des IKS haben wir bei der Festlegung der weiteren **Prüfungshandlungen** die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Wirtschaftlichkeit beachtet. Sowohl die analytischen Prüfungshandlungen als auch die Einzelfallprüfungen wurden daher nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Rechnungswesens in ausgewählten Stichproben durchgeführt. Die Stichproben wurden so ausgewählt, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses Rechnung tragen und es ermöglichen, die Einhaltung der gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften ausreichend zu prüfen.

Art, Umfang und Ergebnis der im Einzelnen durchgeführten Prüfungshandlungen sind in unseren Arbeitspapieren festgehalten.

D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die **Organisation der Buchführung** und das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle. Der **Kontenplan** entspricht den Zuordnungsvorschriften zum Kontenrahmenplan (veröffentlicht im Ministerialblatt des Landes Sachsen-Anhalt Nr. 22/2006 vom 2. Juni 2006) und ist den Bedürfnissen des Eigenbetriebes angepasst. Das **Belegwesen** ist klar und übersichtlich geordnet. Die Bücher wurden zutreffend mit den Zahlen der Vorjahresbilanz eröffnet und insgesamt während des gesamten Wirtschaftsjahrs ordnungsgemäß geführt.

Die Informationen, die aus den **weiteren geprüften Unterlagen** entnommen wurden, führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht.

2. Jahresabschluss

Der vorliegende Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 wurde nach den handelsrechtlich geltenden Vorschriften aufgestellt.

Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die Gliederung der **Bilanz (Anlage 1)** erfolgt nach dem Schema des § 266 Abs. 2 und 3 HGB unter Berücksichtigung der Anlage 2 zu § 15 EigBG. Die **Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2)** wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB und der Anlage 3 zu § 18 EigBG aufgestellt.

Soweit in der Bilanz oder in der Gewinn- und Verlustrechnung Darstellungswahlrechte bestehen, erfolgen die entsprechenden Angaben weitgehend im Anhang.

In dem von dem Eigenbetrieb aufgestellten **Anhang (Anlage 3)** sind die auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ausreichend erläutert. Alle gesetzlich geforderten Einzelangaben sowie die wahlweise in den Anhang übernommenen Angaben zur Bilanz sowie zur Gewinn- und Verlustrechnung sind vollständig und zutreffend dargestellt.

Der Jahresabschluss entspricht damit nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung. Die Prüfung ergab keine wesentlichen Beanstandungen.

3. Lagebericht

Die Prüfung des Lageberichts für das Wirtschaftsjahr 2017 (**Anlage 4**) hat ergeben, dass der Lagebericht mit dem Jahresabschluss und den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Einklang steht und dass er insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Eigenbetriebes vermittelt.

Ferner hat die Prüfung ergeben, dass die wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend im Lagebericht dargestellt sind und dass die Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB vollständig und zutreffend sind.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass der Lagebericht alle vorgeschriebenen Angaben enthält und er damit den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Im Ergebnis der Beurteilung, ob und inwieweit die durch den Jahresabschluss vermittelte Gesamtaussage den Anforderungen des § 264 Abs. 2 Satz 1 HGB entspricht, ist festzustellen, dass der Jahresabschluss insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes vermittelt.

2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen

Die Bilanzierung und Bewertung erfolgte unter der Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit/going concern lt. § 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB.

Die Bewertungsmethoden entsprechen den handelsrechtlichen Vorschriften.

Die Ausweisgrundsätze wurden gegenüber der Eröffnungsbilanz beibehalten. Die Zahlen der Eröffnungsbilanz wurden als Vorjahreszahlen angegeben.

Die Anschaffungskosten der in dem Berichtsjahr erworbenen Sachanlagegegenstände sind hinreichend belegt und buchmäßig aufgezeichnet.

Die Zusammensetzung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2017 ist im Einzelnen aus der hausinternen EDV-geführten Anlagenbuchhaltung ersichtlich.

Die Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen wurden entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen zeitanteilig nach der linearen Methode pro rata temporis planmäßig ermittelt.

Geringwertige Anlagegüter bis € 150,00 werden sofort abgeschrieben. Für geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten von über € 150,00 bis € 1.000,00 wurde ein Sammelposten gebildet. Der Sammelposten wird gemäß § 6 Abs. 2 a EStG im Wirtschaftsjahr der Bildung und in den folgenden 4 Wirtschaftsjahren mit jeweils einem Fünftel gewinnmindernd aufgelöst.

Soweit das Anlagevermögen mit öffentlichen Zuschüssen finanziert wurde, wurde spiegelbildlich zum Anlagevermögen ein Sonderposten für Investitionszuschüsse gebildet. Mit der Auflösung dieses Sonderpostens werden die jährlichen Abschreibungen ergebnisneutral abgebildet.

Die Bewertung des Umlaufvermögens erfolgte zu Anschaffungskosten bzw. Nennwerten. Wertminderungen wurden durch Abschläge angemessen berücksichtigt.

Genau bestimmbare Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag und die ausgewiesenen sonstigen Rückstellungen mit dem notwendigen Erfüllungsbetrag passiviert, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zur Abgeltung der jeweiligen Risiken und möglichen Verpflichtungen erforderlich wird.

In dem von dem Eigenbetrieb aufgestellten Anhang sind die auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ausreichend erläutert.

3. Änderungen in den Bewertungsgrundlagen

Die Bewertungsgrundlagen blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert.

4. Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

An dieser Stelle ist auf Maßnahmen einzugehen, die sich auf Ansatz und/oder Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden auswirken, sofern

- sie von der üblichen Gestaltung abweichen, die den Erwartungen der Abschlussadressaten entspricht, und
- sich die Abweichungen von der üblichen Gestaltung auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses wesentlich auswirkt.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir keine Sachverhaltsgestaltung festgestellt, die dazu geeignet ist, die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich zu beeinflussen.

5. Aufgliederungen und Erläuterungen

Die Gliederung der Bilanz erfolgte entsprechend dem Formblatt 2 (Anlage 2 zu § 15 Absatz 1 EigBG).

Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgte nach dem Gesamtkostenverfahren. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Formblatt 3 einschließlich des nachrichtlichen Teils (Anlage 3 zu § 18 EigBG) aufgestellt.

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens - Anlagenspiegel - ist im Anhang entsprechend dargestellt.

III. Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Zur Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben wir die Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung **nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geordnet**, wobei sich die Darstellung auf eine kurze Entwicklungsanalyse beschränkt. Die Analyse ist nicht auf eine umfassende Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Eigenbetriebes ausgerichtet. Zudem ist die Aussagekraft von Bilanzdaten – insbesondere aufgrund des Stichtagsbezugs der Daten – relativ begrenzt. Rundungsdifferenzen bei Nachkommastellen können auftreten, sind aber zu vernachlässigen.

Die **Anlage 8** enthält über den Anhang (**Anlage 3**) hinaus weitgehende Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.

1. Vermögenslage (Bilanz)

In der folgenden Bilanzübersicht sind die Posten zum 31. Dezember 2017 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst.

Zur Darstellung der **Vermögensstruktur** werden die Bilanzposten der Aktivseite dem langfristig (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. dem mittel- und kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet.

Zur Darstellung der **Kapitalstruktur** werden die Bilanzposten der Passivseite dem Eigen- bzw. Fremdkapital zugeordnet, wobei innerhalb des Fremdkapitals eine Zuordnung nach langfristiger (Fälligkeit größer als 5 Jahre) bzw. mittel- und kurzfristiger Verfügbarkeit erfolgt.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur sowie deren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus den folgenden Zusammenstellungen der Bilanzzahlen in T€ für die Abschlussstichtage 31. Dezember 2017 und 31. Dezember 2016:

VERMÖGENSSTRUKTUR

	<u>31.12.2017</u>		<u>31.12.2016</u>		<u>Veränderung</u>
	T€	%	T€	%	T€
Langfristig gebundenes Vermögen					
Anlagevermögen					
Immaterielle Vermögensgegenstände	1,0	0,0	0,2	0,0	0,8
Sachanlagen					
- Grundstücke mit Bauten	4.105,7	83,5	4.207,2	85,3	-101,5
- Maschinen und technische Anlagen	25,5	0,5	32,3	0,7	-6,8
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	73,0	1,5	59,7	1,2	13,3
	<u>4.205,2</u>	<u>85,5</u>	<u>4.299,4</u>	<u>87,2</u>	<u>-94,2</u>
Mittel-/kurzfristig gebundenes Vermögen					
Umlaufvermögen					
Vorräte	13,1	0,3	12,4	0,3	0,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	98,9	2,0	115,6	2,3	-16,7
- sonstige Vermögensgegenstände	3,5	0,1	3,6	0,0	-0,1
- liquide Mittel	585,0	11,9	495,0	10,0	90,0
	<u>700,5</u>	<u>14,3</u>	<u>626,6</u>	<u>12,6</u>	<u>73,9</u>
Rechnungsabgrenzungsposten	<u>8,6</u>	<u>0,2</u>	<u>8,8</u>	<u>0,2</u>	<u>-0,2</u>
Gesamtvermögen	<u>4.914,3</u>	<u>100,0</u>	<u>4.934,8</u>	<u>100,0</u>	<u>-20,5</u>

KAPITALSTRUKTUR

	31.12.2017		31.12.2016		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Langfristig verfügbares Kapital					
Eigenkapital					
Gezeichnetes Kapital	951,7	19,4	951,7	19,3	0,0
Gewinnrücklagen	221,9	4,5	158,7	3,2	63,2
Bilanzgewinn	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	1.173,6	23,9	1.110,4	22,5	63,2
Sonderposten für Zuschüsse zum Sachanlagevermögen	3.618,2	73,6	3.727,8	75,5	-109,6
	4.791,8	97,5	4.838,2	98,0	-46,4
Mittel-/kurzfristig verfügbares Kapital					
Fremdkapital					
Rückstellungen					
- sonstige Rückstellungen	53,2	1,1	58,0	1,2	-4,8
Verbindlichkeiten					
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	50,7	1,0	20,1	0,4	30,6
- sonstige Verbindlichkeiten	18,4	0,4	17,0	0,4	1,4
	69,1	1,4	37,1	0,8	32,0
	122,3	2,5	95,1	2,0	27,2
Rechnungsabgrenzungsposten	0,2	0,0	1,5	0,0	-1,3
Gesamtkapital	4.914,3	100,0	4.934,8	100,0	-20,5

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahresabschluss um T€ 20,5 auf T€ 4.914,3 verringert. Diese Minderung resultiert im Wesentlichen aus der Minderung des Anlagevermögens um T€ 94,2.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen ist mit 85,5 % im Vergleich zum Vorjahr (87,2 %) leicht gesunken.

Der Buchwert des Anlagevermögens verringerte sich (um T€ 94,2) im Wesentlichen aufgrund der Zugänge in Höhe von T€ 67,7. Dem stehen Abschreibungen in Höhe von T€ 158,7 und Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens in Höhe von T€ 3,2 gegenüber.

Das **mittel- und kurzfristige Vermögen** hat sich um T€ 73,9 auf nunmehr T€ 700,5 erhöht, was im Wesentlichen auf den stichtagsbedingten Anstieg der liquiden Mittel um T€ 90,0 und der Vorräte um T€ 0,7 zurückzuführen ist. Dem gegenüber stehen geringere stichtagsbedingte Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (um T€ 16,7) sowie sonstige Vermögensgegenstände (um T€ 0,1).

Die **bilanzielle Eigenkapitalquote** des Eigenbetriebes beträgt zum Abschlussstichtag 23,9 % des insgesamt gesunkenen Gesamtkapitals.

Der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** stellt den Gegenposten für alle bezuschussten aktivierten Vermögensgegenstände des Anlagevermögens dar. Der Sonderposten für Investitionszuschüsse minderte sich im Vergleich zum Vorjahr um T€ 109,6, da der Auflösung (T€ 109,6) keine Zuführungen aus Investitionszuschüssen gegenüberstanden.

Das **mittel- und kurzfristige Fremdkapital** hat sich um T€ 27,2 erhöht und betrifft im Wesentlichen stichtagsbedingt höhere Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (um T€ 30,6) und höhere sonstige Verbindlichkeiten (um T€ 1,4). Dem stehen um T€ 4,8 geringere sonstige Rückstellungen gegenüber.

Die **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** betragen T€ 0,2. Sie resultieren aus vorausgezählten Mieten.

2. Finanzlage (Kapitalflussrechnung)

Zur Beurteilung der Finanzlage wurde von uns die nachstehende Kapitalflussrechnung auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (= kurzfristig verfügbare flüssige Mittel) gemäß DRS 21 (Deutscher Rechnungslegungsstandard Nr. 21) zur Kapitalflussrechnung erstellt:

		2017
		T€
1.	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	63,2
2.	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	+/- 158,7
3.	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	+/- -4,8
4.	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge (Sonderposten)	+/- -109,6
5.	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	-/+ 16,3
6.	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	+/- 30,7
7.	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-/+ 3,2
8.	Zinsaufwendungen/Zinserträge	+/- 0,0
9.	Sonstige Beteiligungserträge	- 0,0
10.	Ein-/Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	+/- 0,0
11.	Ertragsteueraufwand/-ertrag	+/- 0,0
12.	Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	+ 0,0
13.	Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	- 0,0
14.	Ertragsteuerzahlungen	-/+ 0,0
15.	Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	= 157,7
16.	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	+ 0,0
17.	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- -67,7
18.	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	+ 0,0
19.	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	- 0,0
20.	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	+ 0,0
21.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	- 0,0
22.	Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	+ 0,0
23.	Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	- 0,0
24.	Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	+ 0,0
25.	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	- 0,0
26.	Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	+ 0,0
27.	Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	- 0,0
28.	Erhaltene Zinsen	+ 0,0
29.	Erhaltene Dividenden	+ 0,0
30.	Cashflow aus der Investitionstätigkeit	= -67,7

		2017
		T€
31.	Einzahlungen aus Zuschüssen und Einlagen des Gesellschafters	+ 0,0
32.	Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter (Minderung Kapitalrücklage)	- 0,0
33.	Einzahlungen aus der Begebung von Anteilen und aus der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	+ 0,0
34.	Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	- 0,0
35.	Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	+ 0,0
36.	Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	+ 0,0
37.	Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	- 0,0
38.	Gezahlte Zinsen	- 0,0
39.	Gezahlte Dividenden an Gesellschafter	- 0,0
40.	Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	= 0,0
41.	zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	90,0
42.	Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	+/- 0,0
43.	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	+ 495,0
44.	Finanzmittelfonds am Ende der Periode	= 585,0

Wir weisen darauf hin, dass der Finanzmittelfonds eine stichtagsbezogene Betrachtung ist, dem entsprechende Verbindlichkeiten gegenüberstehen.

3. Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung (**Anlage 2**) abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der beiden Geschäftsjahre 2017 und 2016 zeigt folgendes Bild der Ertragslage:

ERGEBNISSTRUKTUR	2017		2016		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Umsatzerlöse aus allgemeinen Pflegeleistungen	1.927,5	70,4	1.753,1	68,9	174,4
sonstige Umsatzerlöse	808,7	29,6	789,5	31,1	19,2
Gesamtleistung	2.736,2	100,0	2.542,6	100,0	193,6
Materialaufwendungen	-429,2	-15,7	-409,1	-16,1	-20,1
Personalaufwand	-2.079,5	-76,0	-1.941,0	-76,3	-138,5
Rohertrag	227,5	8,3	192,5	7,6	35,0
sonstige betriebliche Erträge	14,4	0,5	11,7	0,5	2,7
Auflösung Sonderposten	109,6	4,0	117,7	4,6	-8,1
Abschreibungen	-158,7	-5,8	-157,8	-6,2	-0,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-129,6	-4,7	-150,8	-5,9	21,2
Betriebsergebnis	63,2	2,3	13,3	0,6	49,9
Finanzergebnis	+0,0	0,0	+0,1	0,0	-0,1
außerordentliches Ergebnis	+0,0	0,0	+0,0	0,0	0,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	63,2	2,3	13,4	0,5	49,8
ergebnisabhängige Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresergebnis	63,2	2,3	13,4	0,5	49,8

Die Umsatzerlöse aus allgemeinen Pflegeleistungen stiegen um T€ 174,4 auf T€ 1.927,5. Die sonstigen Umsatzerlöse erhöhten sich um T€ 19,2 auf T€ 808,7, insbesondere aufgrund höherer Erträge aus Unterkunfts- und Verpflegungsleistungen. Somit erhöhte sich die Gesamtleistung um T€ 193,6 auf T€ 2.736,2.

Die Materialaufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 20,1.

Der Personalaufwand stieg um T€ 138,5. Zu den Ursachen verweisen wir auf die Ausführungen im Lagebericht.

Der Rohertrag verbesserte sich somit gegenüber dem Vorjahr um T€ 35,0.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen minderten sich um T€ 21,2 im Wesentlichen aufgrund geringerer Reparaturaufwendungen gegenüber dem Vorjahr.

Das Betriebsergebnis in Höhe von T€ 63,2 erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 49,9.

Aufgrund des geringen Zinsniveaus beträgt das Finanzergebnis T€ 0,0.

Das Jahresergebnis beträgt somit T€ 63,2.

E. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrags

Über das Ergebnis von Erweiterungen des Prüfungsauftrags, die mit dem Auftraggeber vereinbart wurden und sich nicht unmittelbar auf den Jahresabschluss oder Lagebericht beziehen, berichten wir in diesem Berichtsabschnitt.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG und die hierzu vom IDW nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen veröffentlichten IDW PS 720 „Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG“ beachtet.

Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Eigenbetriebssatzung geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen haben wir im Einzelnen in der **Anlage 9** dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

Die Ordnungsmäßigkeitsprüfung der Geschäftsführung betrifft die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen, der Beschlüsse der Aufsichtsgremien, der Geschäftsführungsbeschränkungen aufgrund der Eigenbetriebssatzung sowie die Einhaltung des Wirtschaftsplans.

Die Wirtschaftlichkeitsprüfung erstreckt sich darauf, ob die Geschäfte mit der erforderlichen Sorgfalt geführt worden sind in Übereinstimmung mit Gesetz und der Satzung sowie den Beschlüssen des Heimausschusses und des Stadtrats.

Soweit im Rahmen der Durchführung der Jahresprüfung beurteilt werden kann, waren im Berichtsjahr keine ungewöhnlichen, risikoreichen oder nicht ordnungsgemäß abgewickelten Geschäfte zu verzeichnen sowie erkennbare wesentliche Fehldispositionen festzustellen.

Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse gem. § 53 HGrG gab zu Beanstandungen keinen Anlass.

F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung

Nach dem abschließenden Ergebnis meiner Prüfung habe ich als verantwortlicher Wirtschaftsprüfer dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 (**Anlagen 1 bis 3**) und dem Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2017 (**Anlage 4**) des Eigenbetriebes „Städtisches Pflegeheim Am Lutzepark“ unter dem Datum vom 8. Mai 2018 den folgenden **uneingeschränkten Bestätigungsvermerk** erteilt, der hier wiedergegeben wird:

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Ich habe den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Eigenbetriebes „Städtisches Pflegeheim Am Lutzepark“ für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Eigenbetriebes. Meine Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von mir durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Ich habe die Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Ich bin der Auffassung, dass meine Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für meine Beurteilung bildet.

Meine Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach meiner Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Der vorstehende Prüfungsbericht wird erstattet in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf der vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) es zuvor meiner erneuten Stellungnahme, sofern hierbei mein Bestätigungsvermerk zitiert oder auf meine Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Der Prüfungsbericht wird gemäß § 321 Abs. 5 HGB sowie § 32 WPO wie folgt unterzeichnet.

Dessau-Roßlau, 8. Mai 2018

Dipl.-Ök. Sylvia Hoffmann
Wirtschaftsprüferin

Anlagen

Bilanz zum 31. Dezember 2017

AKTIVSEITE		
	<u>31.12.2017</u>	<u>31.12.2016</u>
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	<u>1.025,53</u>	<u>224,53</u>
II. <u>Sachanlagen</u>		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	4.105.731,20	4.207.232,20
2. technische Anlagen	25.514,00	32.265,00
3. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	73.004,02	59.694,02
	<u>4.204.249,22</u>	<u>4.299.191,22</u>
Anlagevermögen gesamt	<u>4.205.274,75</u>	<u>4.299.415,75</u>
B. Umlaufvermögen		
I. <u>Vorräte</u>		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	<u>13.111,14</u>	<u>12.430,20</u>
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	98.913,89	115.592,68
2. sonstige Vermögensgegenstände	3.441,92	3.514,09
	<u>102.355,81</u>	<u>119.106,77</u>
III. <u>Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>	<u>584.976,59</u>	<u>495.021,02</u>
Umlaufvermögen gesamt	<u>700.443,54</u>	<u>626.557,99</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>8.579,05</u>	<u>8.820,07</u>
Summe Aktivseite	<u>4.914.297,34</u>	<u>4.934.793,81</u>

Bilanz zum 31. Dezember 2017**PASSIVSEITE**

	<u>31.12.2017</u>	<u>31.12.2016</u>
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Kapitalrücklagen	951.747,59	951.747,59
II. Gewinnrücklagen		
1. Verwendete zweckgebundene Rücklagen	56.174,55	56.174,55
2. Betriebsmittelrücklage	165.740,81	102.514,65
III. Bilanzgewinn	0,00	0,00
	<u>1.173.662,95</u>	<u>1.110.436,79</u>
B. Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens		
Sonderposten aus öffentlichen Fördermitteln für Investitionen	<u>3.618.200,79</u>	<u>3.727.843,83</u>
C. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	<u>53.224,00</u>	<u>58.022,10</u>
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	50.707,30	20.063,65
2. sonstige Verbindlichkeiten	18.341,24	16.911,83
- davon aus Steuern: € 15.280,90 (Vorjahr: 14.288,37)		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: € 0,00 (Vorjahr: 0,00)		
Verbindlichkeiten gesamt	<u>69.048,54</u>	<u>36.975,48</u>
E. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>161,06</u>	<u>1.515,61</u>
Summe Passivseite	<u>4.914.297,34</u>	<u>4.934.793,81</u>

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2017**

	2017 €	2016 €
1. Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen	1.927.499,00	1.753.072,28
2. Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	546.755,82	531.159,39
3. Erträge aus Zusatz- und Transportleistungen	143.638,11	142.019,25
4. Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen	114.857,14	116.327,91
5. Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	3.400,43	0,00
6. Sonstige betriebliche Erträge	14.407,50	11.693,08
	2.750.558,00	2.554.271,91
7. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.699.165,60	1.587.569,20
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung davon für Altersversorgung € 64.497,94 (Vorjahr: € 58.135,45)	380.288,55	353.451,54
8. Materialaufwand		
a) Lebensmittel	128.761,16	123.994,80
b) Aufwendungen für Zusatzleistungen	15.764,29	16.232,80
c) Wasser, Energie, Brennstoffe	110.286,24	100.435,22
d) Wirtschaftsbedarf/Verwaltungsbedarf	174.426,13	168.470,21
9. Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	6.149,99	5.837,58
10. Steuern, Abgaben, Versicherung	30.172,45	34.763,46
11. Mieten, Pacht, Leasing	13.804,34	11.170,85
	2.558.818,75	2.401.925,66
12. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	109.643,04	117.708,63
13. Abschreibungen		
a) Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	158.730,05	157.798,26
b) Abschreibungen auf Forderungen	0,05	0,14
14. Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung	79.428,77	98.898,18
	128.515,83	138.987,95
15. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2,74	80,23
16. Jahresüberschuss	63.226,16	13.438,53
17. Entnahmen aus Gewinnrücklagen aus Betriebsmittelrücklagen	0,00	0,00
18. Einstellungen in Gewinnrücklagen in Betriebsmittelrücklagen	63.226,16	13.438,53
19. Bilanzergebnis	0,00	0,00

Anhang
für das Geschäftsjahr 2017
gemäß §§ 264 und 284 bis 288 HGB

des Eigenbetriebes
„Städtisches Pflegeheim Am Lutzepark“

**Anhang
für das Geschäftsjahr 2017
gemäß §§ 264 und 284 bis 288 HGB**

Bei den Angaben wurde teilweise von den größenabhängigen Erleichterungen gemäß § 288 HGB Gebrauch gemacht.

**A. Angaben der auf die Posten der Bilanz und Gewinn- und
Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 ist nach § 4 der Verordnung über die Rechnungs- und Buchführungspflichten der Pflegeeinrichtungen (Pflege-Buchführungsverordnung - PBV) und nach den geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) aufgestellt worden. Die Gliederungen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgen unter Beachtung des § 4 Absatz 1 und 5 der PBV und der Vorschriften des HGB für Kapitalgesellschaften sowie der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung.

1. Anlagevermögen

Das Anlagevermögen ist grundsätzlich mit Anschaffungs-/Herstellungskosten unter Berücksichtigung planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet.

Das Grundstück in der Langen Straße 38 wurde von der Stadt Köthen an das Pflegeheim übertragen, dieses wurde mit dem Wert laut Bodenrichtwertkarte aktiviert.

Die Abschreibungszeiträume für das bewegliche Anlagevermögen entsprechen grundsätzlich den steuerlichen AfA-Tabellen und betragen je nach betrieblicher Nutzungsdauer 2 bis 10 Jahre. Geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten von 150,00 € bis 1.000,00 € zuzüglich Umsatzsteuer werden im Jahr des Zugangs entsprechend der Vorschrift des § 6 Abs. 2a EStG in einem Sammelposten zusammengefasst, der im betreffenden Geschäftsjahr und in den darauffolgenden vier Geschäftsjahren zu jeweils 1/5 abgeschrieben wird. Der Zugang der geringwertigen Anlagegüter wird bei der Entwicklung des Anlagevermögens (Anlage 1 zum Anhang) nach Ende des fünfjährigen Abschreibungszeitraumes als Abgang behandelt. Abgänge werden zeitanteilig abgeschrieben.

Von der Bewertungsfreiheit des § 6 Abs. 2 EStG wurde in Höhe von 15.784,85 € Gebrauch gemacht.

2. Umlaufvermögen

Bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen wird allen erkennbaren Risiken durch angemessene Abwertung Rechnung getragen. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zu Nennwerten bilanziert; davon haben 0,00 € eine Restlaufzeit über einem Jahr und 102.355,81 € eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Für den Bedarf an Wäsche und Geschirr wurde ein Festwert gebildet, der unter der Position Vorräte erfasst ist. Lebensmittel und sonstige Verbrauchsmaterialien wurden per Stichtagsinventur körperlich aufgenommen.

3. Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen

In den Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens wurden Investitionszuschüsse eingestellt, die für aktivierungsfähige Maßnahmen verwendet wurden. Sie stellen den Finanzierungsgegenwert zu den unter dem Anlagevermögen ausgewiesenen Buchwerten jener Anlagegüter dar, die mit den Investitionszuschüssen beschafft wurden. Der Sonderposten wird jährlich ertragswirksam in der Höhe aufgelöst, die dem Betrag der Abschreibungen der mit den Zuschüssen finanzierten Anlagegüter entspricht. Damit werden diese Abschreibungen im Jahresabschluss neutralisiert.

4. Rückstellungen

Rückstellungen werden in Höhe der erwarteten Inanspruchnahme angesetzt. Aufgrund der derzeitigen Altersstruktur des Personals der Einrichtung wurde keine Rückstellung für Altersteilzeit gebildet.

Ferner wird keine Rückstellung für Archivierungskosten gebildet, da die Archivierung von der Stadt Köthen übernommen wird und der Einrichtung somit keine Kosten entstehen.

5. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten wurden mit dem Zahlungsbetrag angesetzt. Alle in der Bilanz zum 31. Dezember 2017 ausgewiesenen Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Nach § 251 HGB in Verbindung mit § 4 Abs. 1 Satz 3 PBV und Anlage 1 PBV angabepflichtigen Haftungsverhältnisse und Eventualverbindlichkeiten aus Ansprüchen auf Erstattung von Fördermitteln liegen nicht vor.

6. Gewinn- und Verlustrechnung

In der Gewinn- und Verlustrechnung sind die Abschreibungen auf Basis historischer Anschaffungs-/Herstellungskosten angesetzt. Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

B. Erläuterungen zum Jahresabschluss**Verbindlichkeitspiegel zum 31. Dezember 2017**

(alle Angaben in Euro)

		<u>davon mit einer Restlaufzeit</u>				
		Gesamt- betrag 31.12.2017	bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	gesicherte Beträge
		€	€	€	€	€
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	50.707,30	50.707,30	0,00	0,00	0,00
	(Vorjahr)	20.063,65	20.063,65	0,00	0,00	0,00
2.	sonstige Verbindlichkeiten	18.341,24	18.341,24	0,00	0,00	0,00
	(Vorjahr)	16.911,83	16.911,83	0,00	0,00	0,00
insgesamt		69.048,54	69.048,54	0,00	0,00	0,00
	(Vorjahr)	36.975,48	36.975,48	0,00	0,00	0,00

Zum 31. Dezember 2017 bestehen Verbindlichkeiten aus Steuern oder der sozialen Sicherheit in Höhe von € 15.280,90.

Entwicklung der Gewinnrücklagen – Betriebsmittlrücklagen

	2017	2016
	€	€
Stand am 01.01.	102.514,65	86.076,12
Entnahmen	-102.514,65	-86.076,12
Einstellungen	165.740,81	102.514,65
Stand am 31.12.	165.740,81	102.514,65

C. Erläuterungen der Gewinn- und Verlustrechnung

Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen gemäß PflegeVG

Sie betreffen im Wesentlichen Erlöse aus Pflegeleistungen der stationären Altenhilfeeinrichtung.

Erträge aus Unterkunft und Verpflegung

Hierunter sind Erträge aus sogenannten Hotelkosten der Bewohner aller Pflegestufen ausgewiesen.

Erträge aus der gesonderten Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen

Hierunter werden entsprechend den Vorschriften der PBV die Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen in der stationären Altenhilfe ausgewiesen.

Zuweisungen und Zuschüsse zu den Betriebskosten

Hierunter sind die Zuschüsse der öffentlichen Hand erfasst.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge umfassen im Wesentlichen Erstattungen für Inkontinenzmaterial und aus Versicherungsleistungen für Schäden.

Personalaufwand

Der Personalaufwand betrifft die Aufwendungen für das eigene Personal. Der im Jahresdurchschnitt 2017 vorhandene Personalbestand betrug 42,25 Vollkräfte (Vorjahr 42,25 Vollkräfte).

Materialaufwand

Im Materialaufwand sind Aufwendungen für Lebensmittel, medizinischen, therapeutischen und pflegerischen Sachbedarf, Betreuungsleistungen, Wasser und Abwasser, Energie und Brennstoffe sowie Wirtschafts- und Verwaltungsbedarf enthalten.

Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen

Es handelt sich um Aufwendungen für die dezentrale Gehaltsabrechnung.

Erträge aus der Auflösung von Sonderposten

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten sind die Auflösungen der Sonderposten in Höhe der jährlichen Abschreibung auf den Zuschuss finanzierten Anteil des Anlagevermögens.

D. Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr 2017 waren durchschnittlich 58 Arbeitnehmer beschäftigt.

Unternehmensorgane

Heimleiterin:

Annemarie Reinfeld

Heimausschuss

Vorsitzender: Herr Alexander Frolow
Frau Christiane Lange
Frau Corinna Schrader
Herr Rüdiger Buchheim
Herr Jürgen Gewinner
Frau Kerstin Berlin
Frau Martina Mette
Frau Renate Schmidt
Frau Annette Gottschlich

Köthen (Anhalt), 8. Mai 2018

„Städtisches Pflegeheim Am Lutzepark“

Reinfeld
Heimleiterin

"Städtisches Pflegeheim Am Lutsepark", Köthen (Anhalt)

- Eigenbetrieb der Stadt Köthen -

Anlagennachweis gemäß § 4 Absatz 1 Nr. 3 PBV

Die Zusammensetzung und Entwicklung des Anlagevermögens ergeben sich aus folgender Aufstellung:

	ENTWICKLUNG DER ANSCHAFFUNGSWERTE				ENTWICKLUNG DER ABSCHREIBUNGEN				RESTBUCHWERTE	
	Anfangs- bestand EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	Endstand EUR	Anfangs- bestand EUR	Abschrei- bungen des Geschäfts- jahres EUR	Entnahme für Abgänge EUR	Endstand EUR	Stand am 31.12.2017 EUR	Stand am 31.12.2016 EUR
I. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE										
EDV-Programme	24.017,38	1.271,57	0,00	25.288,95	23.608,85	470,57	0,00	24.079,42	1.209,53	408,53
II. SACHANLAGEN										
1.1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte										
mit Betriebsbauten einschließlich der										
Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	6.223.067,31	15.621,14	0,00	6.238.688,45	2.015.835,11	117.122,14	0,00	2.132.957,25	4.105.731,20	4.207.232,20
1.2. darunter: Betriebsbauten und Außenanlagen	6.223.067,31	15.621,14	0,00	6.238.688,45	2.015.835,11	117.122,14	0,00	2.132.957,25	4.105.731,20	4.207.232,20
2.1. Technische Anlagen	174.896,41	0,00	0,00	174.896,41	142.631,41	6.751,00	0,00	149.382,41	25.514,00	32.265,00
2.2. darunter: in Betriebsbauten und Außenanlagen	174.896,41	0,00	0,00	174.896,41	142.631,41	6.751,00	0,00	149.382,41	25.514,00	32.265,00
3.1. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	915.159,07	50.822,34	37.330,74	928.650,67	855.465,05	34.386,34	34.208,74	855.642,65	73.008,02	59.694,02
3.2. darunter: in Betriebsbauten, Außenanlagen, GWG's und Festwerte in Betriebsbauten	915.159,07	50.822,34	37.330,74	928.650,67	855.465,05	34.386,34	34.208,74	855.642,65	73.008,02	59.694,02
4. Fahrzeuge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	7.313.122,79	66.443,48	37.330,74	7.342.235,53	3.013.931,57	158.259,48	34.208,74	3.137.982,31	4.204.253,22	4.299.191,22
	7.337.140,17	67.715,05	37.330,74	7.367.524,48	3.037.540,42	158.730,05	34.208,74	3.162.061,73	4.205.462,75	4.299.599,75
	7.313.122,79	66.443,48	37.330,74	7.342.235,53	3.013.931,57	158.259,48	34.208,74	3.137.982,31	4.204.253,22	4.299.191,22
darunter: Summe der Positionen 1.2., 2.2. und 3.2.										

darunter: Summe der Positionen 1.2., 2.2. und 3.2.

"Städtisches Pflegeheim Am Lutzepark", Köthen (Anhalt)

- Eigenbetrieb der Stadt Köthen -

Förmachweis gemäß § 4 Absatz 1 Nr. 3 PBV
Nachweis der Förderung nach Landesrecht (Förmachweis)

Die Zusammensetzung und Entwicklung des mit öffentlichen Fördermitteln finanzierten Anlagevermögens ergeben sich aus folgender Aufstellung:

SACHANLAGEN	ENTWICKLUNG DER GEFÖRDERTEN ANSCHAFFUNGSWERTE				ENTWICKLUNG DER GEFÖRDERTEN ABSCHREIBUNGEN				RESTBUCHWERTE	
	Anfangs- bestand EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	Endstand EUR	Anfangs- bestand EUR	Abschrei- bungen des Geschäfts- jahres EUR	Entnahme für Abgänge EUR	Endstand EUR	Stand am 31.12.2017 EUR	Stand am 31.12.2016 EUR
1.1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	5.635.348,13			5.635.348,13	1.907.504,30	109.643,02		2.017.147,32	3.618.200,81	3.727.843,83
1.2. darunter: Betriebsbauten und Außenanlagen	5.635.348,13	0,00	0,00	5.635.348,13	1.907.504,30	109.643,02	0,00	2.017.147,32	3.618.200,81	3.727.843,83
2.1. Technische Anlagen	71.735,35		0,00	71.735,35	71.735,35	0,00	0,00	71.735,35	0,00	0,00
2.2. darunter: in Betriebsbauten und Außenanlagen	71.735,35	0,00	0,00	71.735,35	71.735,35	0,00	0,00	71.735,35	0,00	0,00
3.1. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	590.399,58			590.399,58	590.399,58	0,00		590.399,58	0,00	0,00
3.2. darunter: in Betriebsbauten und Außenanlagen	590.399,58	0,00	0,00	590.399,58	590.399,58	0,00	0,00	590.399,58	0,00	0,00
GWG's und Festwerte in Betriebsbauten										
	6.297.483,06	0,00	0,00	6.297.483,06	2.569.639,23	109.643,02	0,00	2.679.282,25	3.618.200,81	3.727.843,83
darunter: Summe der Positionen 1.2., 2.2. und 3.2.	6.297.483,06	0,00	0,00	6.297.483,06	2.569.639,23	109.643,02	0,00	2.679.282,25	3.618.200,81	3.727.843,83

**Lagebericht
für das Geschäftsjahr 2017
des Eigenbetriebes
„Städtisches Pflegeheim Am Lutzepark“**

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Das „Städtische Pflegeheim Am Lutzepark“ verfügte im Geschäftsjahr 2017 über insgesamt 80 anerkannte Pflegeplätze. Die durchschnittliche Kapazitätsauslastung betrug 100,18 %.

Ertragslage

Geplante Einnahmen lt. Wirtschaftsplan 2017 / Pflegesatz	2.403.644 €
Geplante Einnahmen lt. Wirtschaftsplan 2017 / Investitionskosten	108.116 €
Geplante Einnahmen zusätzliche Betreuungskräfte	141.120 €
Gesamt:	2.652.880 €
Einnahmen	
Einnahmen aus Pflegesatz	2.474.255 €
Einnahmen aus Investitionskosten	114.857 €
Einnahmen aus zusätzliche Betreuungskräfte	143.638 €
Gesamt:	2.732.750 €
Differenz:	79.870 €

Das Geschäftsjahr 2017 schließt mit einem Jahresüberschuss von 63.226,16 € ab. Die Verwendung des Jahresergebnisses 2017 erfolgt vorbehaltlich eines entsprechenden Beschlusses durch das zuständige Organ.

Eine Kreditlinie und offene Rechnungen bestehen zum Bilanzstichtag nicht. Zum Ende des Wirtschaftsjahres 2017 gab es keine offenen Prozesse. In 2017 fanden insgesamt 3 Heimausschusssitzungen statt.

Im Jahr 2017 wurden planmäßige Abschreibungen in Höhe von 158.730,05 € vorgenommen. Davon entfielen auf:

- | | |
|--|--------------|
| • Gebäude, Außenanlagen | 117.122,14 € |
| • Immaterielle Vermögensgegenstände | 470,57 € |
| • Technische Anlagen | 6.751,00 € |
| • Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge | 34.386,34 € |

1. Änderungen im Bestand der zum Eigenbetrieb gehörenden Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie GWG

1.1 Betriebs- und Geschäftsausstattung

Die Investitionssumme beläuft sich auf 67.715,05 €. Es entfallen auf:

	EUR
Technische Ausstattung in Betriebsbauten	0,00
Einrichtung im med.-pfleger. Bereich	22.187,73
Immaterielle Anlagegüter	1.271,57
Einrichtung im Wirtschaftsbereich	10.057,59
Einrichtung im Verwaltungsbereich	2.792,17
Geringwertige Anlagegüter und GWG-Sammelposten	15.784,85
Bebaute Grundstücke Neubau/Betriebsbauten Neubau	15.621,14
Gesamt:	67.715,05

Es wurden zum Beispiel angeschafft:

	EUR
Erweiterung Blitzschutzanlage	6.174,92
7 Stck. Kunststofffenster m. 3-fach Verglasung	9.446,22
3 Stck. Einbauküchen WB1-3	15.094,00
Sara 3000 Aufstehhilfe	3.976,05
3 Stck. PC Intel Core	4.745,60
GWG	15.784,85
Rasentraktor	4.049,51
Vario Waschmaschine	4.380,16

Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen jeweils unter Angabe von Anfangsbestand und Entnahmen

A. Eigenkapital

Zum 31.12.2017 ergibt sich folgendes Eigenkapital

Gezeichnetes Kapital	0,00 €
Kapitalrücklagen	951.747,59 €
Zweckentsprechend verwendete Rücklagen	56.174,55 €
Betriebsmittelrücklagen	165.740,81 €

B. Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen

Sonderposten aus öffentlichen Förderungen	
Stand: 01.01.2017	3.727.843,83 €
Abschreibungen	109.643,04 €
Stand: 31.12.2017	3.618.200,79 €

C. Rückstellungen

Die Rückstellungen zum 01.01.2017 ergaben einen Betrag von	58.022,10 €
zum 31.12.2017 beträgt der Saldo der Rückstellungen,	53.224,00 €
der sich durch die Auflösung in Höhe von	58.022,10 €
sowie Zuführungen in Höhe von	53.224,00 €
ergibt.	

Bei den Rückstellungen sind insbesondere berücksichtigt:

- die Mehrstunden Dezember 2017, die im Januar 2018 gezahlt wurden
- die Abschluss- und Prüfgebühren
- die Zuschläge Dezember 2017, die im Januar 2018 gezahlt wurden
- das Leistungsentgelt 2017, das im Februar 2018 gezahlt wurde.

Personal- und Sozialbereich

Der im Jahresdurchschnitt 2017 vorhandene Personalbestand, einschließlich geringfügig Beschäftigter und Mitarbeiterinnen im Freiwilligen Sozialen Jahr, betrug 43,22 Vollzeitkräfte. Das ist 1 VZK mehr als im Vorjahr.

Weiterhin waren 2017 6 Stellen für den Bundesfreiwilligendienst zu besetzen, was mit einem unterschiedlichen Erfolg passierte. Sehr junge Bewerber schieden aus, wenn sie eine Ausbildungsstelle erhielten, ältere durch längere Erkrankung.

Der Personalaufwand beträgt 2.079.454,15 €. Die Entwicklung gegenüber dem Vorjahr zeigt nachfolgende Übersicht:

	2017	2016	Veränderung	
				%
Löhne und Gehälter	1.699.165,60	1.587.375,20	111.790,40	7,05
Sozialausgaben	380.288,55	353.645,54	26.643,01	7,54
Gesamtausgaben/ Veränderungen	2.079.454,15	1.941.020,74	138.433,41	7,14

Die Übersicht zeigt: die Personalaufwendungen für 2017 betrugen 2.079.454,15 €. Es wurden insgesamt 138.433,41 € mehr als im Vorjahr ausgegeben.

Tarifeinigung vom 2. Mai 2016

Arbeitgeber und Gewerkschaften haben in der Tarifrunde für den öffentlichen Dienst in der dritten Verhandlungsrunde am 29. April eine Einigung erzielt. Neben der linearen Entgelterhöhung wurde auch eine Verständigung zur neuen Entgeltordnung und zur Zusatzversorgung erzielt.

Die Einigung sah Gehaltssteigerungen von 2,4 Prozent ab 1. März 2016 und weitere 2,35 Prozent ab Februar 2017 vor.

Die Mindestlaufzeit beträgt 24 Monate bis zum 28. Februar 2018.

Gefordert hatten die Gewerkschaften eine Erhöhung um 6 Prozent für 12 Monate.

Durch die Gehaltssteigerungen steigen selbstverständlich auch die Zuschläge für Sonntags- und Nachtdienste sowie für Feiertage u. ä.

ab 1. März 2016 um 2,4 Prozent

ab 1. Februar 2017 um 2,35 Prozent

Pflegesätze ab Januar 2017

Wie bereits im Informationsbericht für das 3. Quartal 2016 berichtet, wurden die neuen Pflegesätze nach den neuen Pflegegraden im September 2016 ab Januar 2017 vereinbart.

Die Heimentgelte ab 1. Januar 2017 einschließlich der Investitionskosten:

Pflegegrad	gesamt je Monat	davon Pflegekasse je Monat	Eigenanteil Bewohner
2	2.015,69	770,00	1.245,69
3	2.507,69	1.262,00	1.245,69
4	3.020,69	1.775,00	1.245,69
5	3.250,69	2.005,00	1.245,69

(Die monatliche Höhe der Investitionskosten beträgt bis 28.02.2017 123,20 €)

Ab 1. März 2017 - Reduzierung der Investitionskosten auf 118,64 €

Pflegegrad	gesamt je Monat	davon Pflegekasse je Monat	Eigenanteil Bewohner
2	2.011,13	770,00	1.241,13
3	2.503,13	1.262,00	1.241,13
4	3.016,13	1.775,00	1.241,13
5	3.246,13	2.005,00	1.241,13

Die Bewohner, die unter die Bestandsschutzregelung der Pflegekassen fallen (Bewohner, die einschließlich bis 31.12.2016 in der Einrichtung gewohnt haben), erhalten im Pflegegrad 2 einen persönlichen Zuschuss in Höhe von 103,94 Euro.

Der Zuschuss bezieht sich nicht auf die Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie auf die Investitionskosten.

Geplante Pflegesätze ab 1. Januar 2018 ohne Investitionskosten

Pflegegrad	derz. monatl. Heimentgelt	Eigenant. Bewohner/alt	davon Pflegekasse je Monat	beantr. monatl. Heimentgelt/NEU	monatl. EG Bewohner/Neu
2	1.892,43	1.122,43	770,00	1.978,10	1.207,95
3	2.384,32	1.122,43	1.262,00	2.469,99	1.207,96
4	2.897,51	1.122,43	1.775,00	2.982,87	1.207,95
5	3.127,48	1.122,43	2.005,00	3.212,84	1.207,95

Die monatliche Erhöhung beträgt 85,52 Euro.

Leider konnte wegen Überlastung der Pflegekassen der Pflegesatz für 2018 noch nicht neu vereinbart werden. Der Antrag auf Erhöhung wurde fristgerecht im Oktober 2017 eingereicht.

Investitionskosten zur gesonderten Inrechnungstellung betriebsnotwendiger Investitionsaufwendungen nach § 82 Abs. 3 SGB XI wurden zum 01.03.2018 neu vereinbart.

Investitionskosten alt: 3,90 € pro Pflege-tag

Investitionskosten beantragt: 4,16 € pro Pflege-tag = 0,26 € Mehrbedarf

Für die Ermittlung des pflegetäglichen Bedarfs wurde von einer Belegung der Einrichtung mit 80 Plätzen und einem Auslastungsgrad von 99 % ausgegangen, so dass 28.908 Pflege-tage/Jahr bei der Berechnung zur Anwendung kamen.

Auslastung

Zeitraum: Januar - Juni 2017

	Jan	Febr.	März	April	Mai	Juni
Bewohneranzahl	80,39	80,75	80,16	80,80	80,48	80,53
Auslastungsgrad	101,48%	100,94%	100,20%	101,00%	101,60%	100,67%

Zeitraum: Juli - Dezember 2017

	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	gesamt
Bewohneranzahl	79,61	79,74	80,07	79,48	81,23	79,52	80,14
Auslastungsgrad	99,52%	99,68%	100,08%	99,35%	100,25%	99,40%	100,18%

Gesamtzugänge 2017 26 Bewohner

Auszüge/Sterbefälle 2017 26 Bewohner

Pflegestufe	Zugänge	Sterbefälle / Auszüge
Pflegegrad 2	14	2
Pflegegrad 3	8	3
Pflegegrad 4	2	11
Pflegegrad 5	2	10
Gesamt:	26	26

Bewohner	zwischen	100	und darüber	1
Bewohner	zwischen	90	99	28
Bewohner	zwischen	80	89	36
Bewohner	zwischen	70	79	11
Bewohner	zwischen	60	69	4
Gesamt				80

gestellte Anträge auf Höherstufung: 26			Genehmigt: 23				
Pflegegrad	Bewohner alt	Bewohner neu	Bewohner neu	Bewohner neu	Bewohner Anzahl	Bewohner Anzahl	Bewohner Anzahl
	Anzahl	Pflegegrad 3	Pflegegrad 4	Pflegegrad 5	verblieben	abgelehnt	offen per 31.12.
Pflegegrad 2	10	4	4	0	2	2	0
Pflegegrad 3	9	0	5	2	1	1	1
Pflegegrad 4	8	0	0	3	5	5	0
Pflegegrad 5	0	0	0	0	0	0	0
gesamt:	27	4	9	5	8	8	1

Pflegestufen jahresdurchschnittlich: 2016

Wohnbereiche	Pflegestufen				
	Pflegestufe I	Pflegestufe II	Pflegestufe III	Härtefälle	Summe
Wohnbereich 1	10,15	9,58	7,05	0,00	26,78
Wohnbereich 2	7,63	16,63	2,63	0,00	26,88
Wohnbereich 3	10,31	11,17	5,28	0,00	26,76
Summe	28,08	37,38	14,95	0,00	80,41
Verteilung in %	34,93%	46,48%	18,59%	0,00	100,00%
Freie Betten	-0,41				
Auslastung					
Anzahl der Bewohner mit eingeschränkter Alltagskompetenz				47	

Den Zuschlag für eingeschränkte Alltagskompetenz erhalten alle Bewohner.

fehlende Erlöse wegen 25% Kürzung 6.793,67

Vergleich zu 2017

Pflegegrade jahresdurchschnittlich: 2017

Wohnbereiche	Pflegegrade 2017				
	Pflegegrad 2	Pflegegrad 3	Pflegegrad 4	Pflegegrad 5	Summe
Wohnbereich 1	6,96	8,42	5,43	5,81	26,62
Wohnbereich 2	4,10	7,04	13,77	1,90	26,82
Wohnbereich 3	5,50	7,55	8,73	4,91	26,69
Summe	16,56	23,01	27,93	12,63	80,13
Verteilung in %	20,67%	28,71%	34,86%	15,76%	100,00%
freie Betten	-0,13				
Auslastung					
100,18%					
Anzahl der Bewohner mit eingeschränkter Alltagskompetenz					

Den Zuschlag für eingeschränkte Alltagskompetenz erhalten alle Bewohner - wird nicht mehr gesondert aufgeführt.

fehlende Erlöse wegen 25 % Kürzung - 7.834,22

Qualitätssicherung

Die Prüfung der Einrichtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen erfolgte am 26.10.2017. Die Qualität der Leistungen der Einrichtung wurde mit der Note 1,2 bewertet.

	Pflege und medizinische Versorgung	Umgang mit demenzkranken Bewohnern	soziale Betreuung und Alltagsgestaltung	Wohnen, Verpflegung Hauswirtschaft und Hygiene	Gesamtergebnis rechnerisches Gesamtergebnis	Befragung der Bewohner
MDK- Prüfung	1,4 sehr gut	1,0 sehr gut	1,0 sehr gut	1,0 sehr gut	1,2 sehr gut	1,0 sehr gut

Der Transparenzbericht wurde auf der Grundlage der ab dem 1. Januar 2017 gültigen Pflege-transparenzvereinbarung erstellt.

Einrichtungsvergleiche sind nur auf der Grundlage von Berichten mit gleicher Prüfgrundlage und Bewertungssystematik möglich.

Bewertungen auf der Grundlage der bis zum 31.12.2016 gültigen alten Transparenzvereinbarung und Bewertungen auf der Grundlage der seit dem 1. Januar 2017 geltenden neuen Transparenzvereinbarung sind nicht miteinander vergleichbar.

Der Landesdurchschnitt aller geprüften Einrichtungen liegt bisher bei 1,2. Das ist für unser Bundesland Sachsen-Anhalt ein ausgezeichnetes Ergebnis.

Die sehr gute Bewertung unserer Einrichtung durch den MDK steht für die Qualität von Pflege und medizinischer Versorgung, sozialer Betreuung und hauswirtschaftlicher Leistung unserer hochmotivierten und engagierten Mitarbeiter.

Regelmäßig (monatlich) kommen die Mitarbeiter des Qualitätszirkels der Einrichtung zusammen, um Neuerungen oder Verbesserungen einzubringen. Es werden Verfahren und Prozesse durchgesprochen, Auswertungen vorgenommen usw. Die Qualitätshandbücher bilden hierfür die Grundlage.

Erarbeitet und ständig aktualisiert werden:

- Handakte 1 und 2 stationärer Bereich
- Handakte Hauswirtschaft
- Handakte Hygiene
- Handakte Datenschutz.

Prognosebericht

Pflegeheime müssen nicht nur ohne Verlust über das Jahr kommen können. Sie müssen zur Sicherung der Versorgung, der Arbeitsplätze und der Investitionen auch die Chance auf einen angemessenen Gewinn haben. Einer der großen Unsicherheitsfaktoren im Rahmen der Umstellung der Pflegestärkungsgesetze bestand und besteht weiterhin in der Ungewissheit in Bezug auf die Entwicklung der Pflegegradstruktur und der Auslastung. Die Überleitungsregelungen haben in unserer Einrichtung zu einer etwas erhöhten Pflegegradstruktur geführt, die sich langfristig hin zu niedrigeren Pflegegraden verschieben wird. Das Ausmaß dieses Austausch-Vorgangs, der auch als Rothgang-Effekt bezeichnet wird, lässt sich allerdings noch nicht abzeichnen.

Es ist aber an Hand der Entwicklung der Pflegegrade 2017 abzusehen, dass langfristig der durchschnittliche Pflegegrad sinken wird. Dies hat neben der Veränderung der Bewohnerstruktur auch betriebswirtschaftliche Konsequenzen. Der für 2017 ausgewiesene Gewinn in Höhe von 63.200 € wird sich für 2018 nicht fortsetzen. Da wie bereits beschrieben, die Bewohner, die jetzt neu begutachtet werden niedrigere Pflegegrade erhalten als die Bewohner, die sich von uns verabschiedet hatten.

Eine besondere Beachtung ist demzufolge dem Personaleinsatz im Pflegebereich zu widmen sowie einem Wagniszuschlag welcher mit dem dritten Pflegestärkungsgesetz (PSG) nach §84 Abs. 2 SGB XI ein angemessenes Unternehmerrisiko für stationäre Einrichtungen berücksichtigt.

Risiko- und Chancenbericht

Die Mitarbeiter der Pflegeeinrichtung werden nach dem Tarif des öffentlichen Dienstes vergütet. Durch die Anwendung des Tarifsystems hat die Pflegeeinrichtung bisher keinerlei Probleme bei der Nachbesetzung von Pflegefachkräften oder anderer Mitarbeiter. Das ist für die Einrichtung und für die Bewohner sehr erfreulich, da die Mitarbeiter ständig da sind, sich zum überwiegenden Teil mit der Einrichtung verbunden fühlen und nicht immerzu wechseln. Die Personalkosten sind allerdings höher als in vergleichbaren nicht tariflich gebundenen Einrichtungen.

Im Ergebnis der Tarifverhandlung 2018 wurde eine Tarifeinigung erzielt, die eine Steigerung der Tabellenentgelte von 3,19 Prozent ab 1. März 2018, zum 1. April 2019 um weitere 3,09 Prozent und zum 1. März 2020 um weitere 1,06 Prozent Erhöhung vorsieht.

Mit dem Ergebnis der Tarifvereinbarung liegt für das Jahr 2019 eine Planungssicherheit für den Stellenplan vor.

Bundeseinheitliche Personalbemessung in der Pflege geplant

Mehrere Wissenschaftler werden unter der Leitung von Professor Heinz Rothgang ein Verfahren zur einheitlichen Bemessung des Personals in Pflegeeinrichtungen entwickeln und erproben. Vorausgegangen war eine europaweite Ausschreibung. Bis 2020 muss laut § 113c SGB XI ein wissenschaftlich fundiertes Verfahren zur einheitlichen Bemessung des Personalbedarfs in Pflegeeinrichtungen nach qualitativen und quantitativen Maßstäben entwickelt und erprobt sein. Professor Heinz Rothgang hatte in der Vergangenheit mehrfach auf eine unzureichende Personalausstattung in der Pflege hingewiesen. Seinen Angaben zufolge werden im Jahr 2030 in der Altenpflege 350.000 Vollzeitstellen nicht besetzt werden können, wenn nichts getan wird. Da in der Pflege vorwiegend in Teilzeit gearbeitet wird, entspricht dies rund 500.000 Stellen an Fach- und Hilfskräften, die bis dahin zusätzlich gebraucht würden.

Derzeit haben alle Bundesländer ihre eigenen Personalschlüssel, wodurch auch die unterschiedlichen Pflegesätze begründet sind. Bei der Berechnung der Pflegesätze nehmen ca. 70 - 75 Prozent der Gesamtkosten die Personalkosten ein. Je besser die Pflegeeinrichtung mit Personal ausgestattet ist, je höher sind demzufolge die Heimentgelte, unabhängig von Wagnis- und Gewinnzuschlag, Tarifgebundenheit u. ä.

Mit den neuen Koalitionsverhandlungen ist ein einheitlicher Flächentarifvertrag ins Gespräch gekommen.

Medizinische Behandlungspflege

Die medizinische Behandlungspflege ist eine der Hauptstreitpunkte in der Pflege und gehört aus Sicht aller Heimbetreiber von den Krankenkassen bezahlt.

In einer stationären Einrichtung muss anders als in der ambulanten Pflege der Bewohner selbst die behandlungspflegerischen Leistungen tragen. Verfassungsrechtliche Bedenken gegen diese Praxis wurden bisher erfolgreich ignoriert. Die Stiftung Patientenschutz hatte bereits im vergangenen Jahr ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben.

(Leider hat sich bis heute an diesem Zustand nichts geändert.)

Bilanz nach einem Jahr

Neue Leistungsempfänger nach Begutachtung mit dem neuen Verfahren (01.01.2017 bis 31.12.2017)

Seit einem Jahr sind der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff und das neue Verfahren zur Einstufung in Pflegegrade umgesetzt. Die erste Bilanz fiel gemischt aus.

Der MDK sieht den Praxistest als bestanden an, die Patientenschützer sind enttäuscht. Diese Enttäuschung können wohl alle in der Pflege Agierenden, ob im ambulanten oder im stationären Bereich, nachvollziehen.

2017 wurde eingestuft:¹

Leistungen im Überblick

Pflegegrad	Einstufung	Geldleist.	Sachleist.	Entl.-Betrag	Leistungsbetrag
		ambulant	ambulant	ambulant	stationär
Pflegegrad 1	29 %			125 €	125 €
Pflegegrad 2	44 %	316 €	689 €	125 €	770 €
Pflegegrad 3	19 %	545 €	1.298 €	125 €	1.262 €
Pflegegrad 4	6 %	728 €	1.612 €	125 €	1.775 €
Pflegegrad 5	2 %	901 €	1.995 €	125 €	2.005 €

Gut ein Jahr nach dem Start der jüngsten Pflegereform fällt die Bewertung unterschiedlich aus. „Die Pflegereform bringt deutlich weniger, als von der Bundesregierung behauptet“, sagt der Vorstand der Deutschen Stiftung Patientenschutz, Eugen Brysch, der Deutschen Presseagentur.

Brysch sagt unter Berufung auf das Bundesministerium, zwar habe es Ende des Jahres 2017 351.000 Leistungsbezieher mehr als im Vorjahr gegeben, inklusive jener, die noch nach dem alten System begutachtet wurden. Doch mit 241.000 Betroffenen sei ein großer Teil davon in den neuen Pflegegrad 1 eingestuft worden. „Bei den Pflegebedürftigen in den Pflegegraden 2 bis 5 ist der Anstieg dagegen mit den Vorjahren vergleichbar.“ Die Zunahme betrage hier unter vier Prozent.

Die Medizinischen Dienste der Krankenkassen hatten dagegen eine positive Bilanz gezogen. Mit der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs vor einem Jahr ist nach Angaben des MDK, die Zahl der Menschen die Pflegeleistungen erhalten, gestiegen. „Im Vergleich zu 2016 konnten rund 304 Versicherte neu anerkannt werden“, sagte der Geschäftsführer Pieck in Essen. Damit hätten mehr Menschen einen besseren Zugang zu den Leistungen der Pflegeversicherung.

¹ CARE konkret Ausgabe 4 2018

Fazit für die Einrichtungen: Immer mehr Anfragen von Bewerbern für einen Pflegeplatz haben nur den Pflegegrad 2 mit einem Leistungsbetrag von 770 € pro Monat (früher 1.064 €), der völlig unzureichend ist. Über den Leistungsbetrag soll die Anzahl der Antragsteller für einen Pflegeplatz zurückgehen (ambulant vor stationär), aber gerade die Antragsteller mit dem Pflegegrad 2 (früher Pflegestufe 1) wollen in die Pflegeeinrichtungen einziehen. In der Einrichtung beginnt dann der lange Weg der Nachbegutachtungen, um einen höheren Pflegegrad, der auch wirtschaftlich für die Einrichtungen ist, zu erreichen.

Köthen (Anhalt), 8. Mai 2018

„Städtisches Pflegeheim Am Lutzepark“

Reinfeld
Heimleiterin

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Ich habe den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Eigenbetriebes „Städtisches Pflegeheim Am Lutzepark“ für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Eigenbetriebes. Meine Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von mir durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Ich habe die Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Ich bin der Auffassung, dass meine Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für meine Beurteilung bildet.

Meine Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach meiner Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Dessau-Roßlau, 8. Mai 2018

Dipl.-Ök. Sylvia Hoffmann
Wirtschaftsprüferin

Rechtliche Verhältnisse

Name:	Eigenbetrieb „Städtisches Pflegeheim Am Lutzepark“
Sitz:	Köthen (Anhalt)
Rechtsform:	Eigenbetrieb der Stadt Köthen (Anhalt)
Eigenbetriebssatzung:	Die Eigenbetriebssatzung im Jahr 2013 datierte vom 9. Oktober 2001.

Am 5. März 2014 wurde eine neue Eigenbetriebssatzung beschlossen. Sie trat mit Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Köthen (Anhalt) in Kraft.

Der Eigenbetrieb „Städtisches Pflegeheim Am Lutzepark“ wird als organisatorisch, verwaltungsmäßig und finanzwirtschaftlich gesondertes Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Eigenbetrieb) nach den geltenden Gesetzen und Verordnungen, insbesondere der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt, den Bestimmungen des Gesetzes über kommunale Eigenbetriebe im Land Sachsen-Anhalt sowie den Bestimmungen dieser Satzung geführt. Der Eigenbetrieb „Städtisches Pflegeheim Am Lutzepark“ ist finanzwirtschaftlich als Sondervermögen der Stadt Köthen (Anhalt) zu verwalten und nachzuweisen.

Gegenstand des Eigenbetriebes:	Gemäß § 1 der Eigenbetriebssatzung ist Gegenstand des Eigenbetriebes die Pflege und Betreuung alter Menschen in einer vollstationären Einrichtung im Sinne des § 71 Abs. 2 Sozialgesetzbuch (SGB), Elftes Buch (XI).
--------------------------------	--

Geschäftsjahr:	Kalenderjahr
Stammkapital:	€ 0,00
Organe:	Organe des Eigenbetriebes sind: <ul style="list-style-type: none">- Heimleiterin (Betriebsleitung)- Heimausschuss (Betriebsausschuss)- Stadtrat.
Heimleiterin:	Frau Annemarie Reinfeld

Steuerliche Verhältnisse

Finanzamt: Bitterfeld-Wolfen

Steuernummer: 116/145/00036

Allgemeines: Mit Freistellungsbescheid vom 20.01.2014 für die Kalenderjahre 2010 bis 2012 bescheinigte das Finanzamt Bitterfeld-Wolfen, dass die Einrichtung von der Körperschaftsteuer nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 Körperschaftsteuergesetz und von der Gewerbesteuer nach § 3 Nr. 6 Gewerbesteuergesetz befreit ist, weil sie ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken im Sinne §§ 51 ff. Abgabenordnung dient.

**Aufgliederungen und Erläuterungen
der Posten des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2017**

A. Erläuterungen zu den Positionen der Bilanz zum 31. Dezember 2017

A K T I V A

A. Anlagevermögen € 4.205.274,75

(Vorjahr € 4.299.415,75)

I. Immaterielle Vermögensgegenstände € 1.025,53

(Vorjahr € 224,53)

Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte
und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten € 1.025,53
(Vorjahr € 224,53)

Entwicklung:

	€
Stand 01.01.2017	224,53
Zugänge	1.271,57
Abschreibungen	470,57
Stand 31.12.2017	<u>1.025,53</u>

II. Sachanlagen € 4.204.249,22

(Vorjahr € 4.299.191,22)

Zusammensetzung und Entwicklung:

	Stand 01.01.2017	Zugänge	Abgänge	Abschrei- bungen	Stand 31.12.2017
	€	€	€	€	€
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	4.207.232,20	15.621,14	0,00	117.122,14	4.105.731,20
2. technische Anlagen	32.265,00	0,00	0,00	6.751,00	25.514,00
3. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	59.694,02	50.822,34	3.126,00	34.386,34	73.004,02
	4.299.191,22	66.443,48	3.126,00	158.259,48	4.204.249,22

Die Zugänge betreffen:

	€	€	Nutzungs- dauer in Jahren
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten <u>auf fremden Grundstücken</u>			
7 Kunststofffenster mit 3fach-Verglasung	9.446,22		50
Erweiterung Blitzschutzanlage	6.174,92	15.621,14	50
<u>Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge</u>			
Küchen in Wohnbereichen 1 bis 3	15.094,00		15
Waschmaschine	4.380,16		10
Rasentraktor Dolmar	4.049,51		5
Aufstieghilfe Sara 3000	3.976,05		5
Digitalkopierer mit Faxeinheit	2.117,01		7
PC Intel Core i5-7400	1.750,37		3
PC Intel Core i5-7400	1.627,92		3
PC Intel Core i5-6400	1.367,31		3
Duplex-Dokumentenscanner Canon	675,16		3
geringwertige Anlagegüter Sammelposten	15.784,85	50.822,34	5
		<u>66.443,48</u>	

Die Abschreibung erfolgt gemäß der Abschreibungstabelle des Landes Sachsen-Anhalt für kommunale Einrichtungen.

Geringwertige Vermögensgegenstände (Anschaffungskosten unter € 1.000,00) werden in einen Sammelposten eingestellt und über 5 Jahre abgeschrieben.

B. Umlaufvermögen € 700.443,54

(Vorjahr € 626.557,99)

I. Vorräte € 13.111,14

(Vorjahr € 12.430,20)

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe € 13.111,14

(Vorjahr € 12.430,20)

	31.12.2017	31.12.2016
	€	€
Wirtschaftsbedarf	8.231,09	9.004,00
medizinischer, pflegerischer und therapeutischer Sachbedarf	1.884,44	808,07
Lebensmittel	2.700,99	2.406,31
Leergut	294,62	211,82
	<u>13.111,14</u>	<u>12.430,20</u>

Die Vorräte wurden zum 31.12.2017 auf der Grundlage der schriftlichen Inventuranweisung körperlich aufgenommen und durch unterschriebene Aufnahmelisten nachgewiesen.

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind unter Beachtung des Niederstwertprinzips mit den Anschaffungskosten bewertet. Die Bestände sind über die üblichen Eigentumsvorbehalte hinaus weder sicherungshalber übereignet noch in anderer Weise belastet.

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände € 102.355,81
(Vorjahr € 119.106,77)

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen € 98.913,89
(Vorjahr € 115.592,68)

- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 0,00 (Vorjahr € 0,00)

Zusammensetzung:

	31.12.2017	31.12.2016
	€	€
Pflegekassen	6.886,67	17.530,04
Selbstzahler	92.027,22	98.062,64
	<u>98.913,89</u>	<u>115.592,68</u>

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind durch eine Saldenliste nachgewiesen.

Die Bewertung der Forderungen erfolgte zum Nennwert.

Zum Zeitpunkt der Prüfung waren die Forderungen im Wesentlichen beglichen.

Ein Wertberichtigungsbedarf besteht nach Auskunft der Heimleitung nicht.

2. sonstige Vermögensgegenstände € 3.441,92

(Vorjahr € 3.514,09)

- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 0,00 (Vorjahr € 0,00)

Zusammensetzung:

	31.12.2017	31.12.2016
	€	€
<u>REWE Großhandelsgesellschaft mbH, Köthen</u>		
Warenrückvergütung	1.385,11	1.302,01
<u>Barmer Krankenkasse</u>		
Erstattung U2	1.293,77	0,00
<u>Köthen Energie</u>		
Guthaben aus Jahresendabrechnung Fernwärme	0,00	1.770,19
Guthaben aus Jahresendabrechnung Gas Küche	0,00	13,16
<u>Stadt Köthen</u>		
Guthaben Straßenreinigung	227,04	0,00
<u>Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt</u>		
Erstattung Verwahrgeld 2009	0,00	200,00
<u>Vincentz Network</u>		
Gutschrift	0,00	39,90
<u>Mitarbeiter</u>		
Bundesfreiwilligendienst	336,00	0,00
Lehrgangskosten	200,00	0,00
<u>Stadtbäckerei Rödel</u>		
Doppelzahlung	0,00	103,72
<u>Mitteldeutsche Zeitung</u>		
Doppelzahlung	0,00	85,11
	<u>3.441,92</u>	<u>3.514,09</u>

III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten € 584.976,59
(Vorjahr € 495.021,02)

Zusammensetzung:

	<u>31.12.2017</u>	<u>31.12.2016</u>
	€	€
<u>Kassenbestand</u>		
Hauptkasse	835,26	389,81
Portokasse	42,35	24,45
Verwahrgelder	1.495,90	1.283,24
	<u>2.373,51</u>	<u>1.697,50</u>
<u>Guthaben bei Kreditinstituten</u>		
Kontokorrentguthaben:		
Kreissparkasse Köthen, Konto-Nr. 302005382	<u>308.419,69</u>	<u>218.770,11</u>
Festgeldguthaben:		
Kreissparkasse Köthen, Konto-Nr. 3230026402	114.910,62	114.909,47
Konto-Nr. 3222109094	159.272,77	159.271,18
Deutsche Kreditbank AG, Niederlassung Halle (Saale)		
Konto-Nr. 811729	0,00	372,76
	<u>274.183,39</u>	<u>274.553,41</u>
	582.603,08	493.323,52
	<u>584.976,59</u>	<u>495.021,02</u>

C. Rechnungsabgrenzungsposten € 8.579,05

(Vorjahr € 8.820,07)

Zusammensetzung:

	31.12.2017	31.12.2016
	€	€
Lehrgangskosten	3.517,78	3.960,00
Beitrag Rechtsschutzversicherung	1.134,27	1.134,27
Prüfung ortsfeste Elektroanlagen	1.459,69	2.189,53
Werbungen und Anzeigen	1.884,86	929,99
Rundfunk- und Fernsehgebühren	11,66	0,00
MPLC-Schirmlizenz	271,41	270,33
Fachliteraturabonnement	204,17	246,68
Zeitungsabonnement	95,21	89,27
	<u>8.579,05</u>	<u>8.820,07</u>

P A S S I V A**A. Eigenkapital € 1.173.662,95**

(Vorjahr € 1.110.436,79)

I. Kapitalrücklagen € 951.747,59

(Vorjahr € 951.747,59)

II. Gewinnrücklagen € 221.915,36

(Vorjahr € 158.689,20)

1. Verwendete zweckgebundene Rücklagen € 56.174,55

(Vorjahr € 56.174,55)

Die verwendeten zweckgebundenen Rücklagen zeigen folgende Entwicklung:

	€
Stand 01.01.2017	56.174,55
<u>Einstellungen</u>	
Investitionen 2018	0,00
	<u>56.174,55</u>

Den Beschluss über die Entnahmen und Einstellungen in Betriebsmittelrücklagen wird das zuständige Organ bei der Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2017 herbeiführen.

2. Betriebsmittelrücklagen € 165.740,81
(Vorjahr € 102.514,65)

Die Betriebsmittelrücklagen zeigen folgende Entwicklung:

	€	€
Stand 01.01.2017		102.514,65
<u>Entnahmen</u>		
periodisch wiederkehrende Ausgaben	102.514,65	
Investitionen 2017	0,00	
Instandhaltungen 2017	0,00	-102.514,65
<u>Einstellungen</u>		
periodisch wiederkehrende Ausgaben	165.740,81	
Investitionen 2018	0,00	
Instandhaltungen 2018	0,00	165.740,81
		<u>165.740,81</u>

Den Beschluss über die Entnahmen und Einstellungen in Betriebsmittelrücklagen wird das zuständige Organ bei der Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2017 herbeiführen.

B. Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen
zur Finanzierung des Sachanlagevermögens € 3.618.200,79

(Vorjahr € 3.727.843,83)

Zusammensetzung und Entwicklung:

	Stand 01.01.2017	Auflösung	Stand 31.12.2017
	€	€	€
Grundstücke	3.727.843,83	109.643,04	3.618.200,79

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen wurde als Gegenposten für alle bezuschussten aktivierten Vermögensgegenstände des Anlagevermögens gebildet.

Der Sonderposten wird analog zu den Abschreibungen aufgelöst.

C. Rückstellungen € 53.224,00

(Vorjahr € 58.022,10)

sonstige Rückstellungen € 53.224,00

(Vorjahr € 58.022,10)

Zusammensetzung und Entwicklung:

	Stand 01.01.2017	Inanspruch- nahme	Auf- lösung	Ein- stellungen	Stand 31.12.2017
	€	€	€	€	€
Leistungsentgelt gemäß TVöD	29.292,00	29.292,00	0,00	32.704,00	32.704,00
variable Lohnbestandteile	5.977,00	5.977,00	0,00	7.422,00	7.422,00
Urlaubsverpflichtungen	2.179,00	2.179,00	0,00	0,00	0,00
Mehrstunden	0,00	0,00	0,00	1.963,00	1.963,00
Prüfungsgebühren	6.000,00	5.950,00	50,00	6.000,00	6.000,00
interne Jahresabschlusskosten	3.355,00	3.355,00	0,00	3.435,00	3.435,00
Instandhaltung in den ersten drei Monaten Folgejahr	11.219,10	11.219,10	0,00	1.700,00	1.700,00
	58.022,10	57.972,10	50,00	53.224,00	53.224,00

Die sonstige Rückstellung für Leistungsentgelt gemäß TvöD deckt die Zahlungsverpflichtungen gegenüber Mitarbeitern und Sozialversicherungsträgern aus den tariflichen Vereinbarungen.

Die Rückstellung für variable Lohnbestandteile betrifft die im Januar 2018 für Dezember 2017 an die Mitarbeiter zu zahlenden Zuschläge - u. a. für Sonn- und Feiertagsdienste.

Die Rückstellung für Urlaubsverpflichtungen wurde in Höhe des zum 31. Dezember 2017 von Mitarbeitern erworbenen, jedoch noch nicht an Anspruch genommenen Urlaubs von 0 Tagen (Vorjahr 19 Tage) gebildet.

Die Rückstellung für Instandhaltung innerhalb der ersten drei Monate des Folgejahres betraf im Vorjahr die Reparatur der Schwesternrufanlage und des Heizkreisverteilers.

D. Verbindlichkeiten € 69.048,54

(Vorjahr € 36.975,48)

1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen € 50.707,30

(Vorjahr € 20.063,65)

Die Verbindlichkeiten sind uns durch Vorlage einer Saldenliste nachgewiesen worden. Saldenbestätigungen wurden nicht eingeholt. Zum Zeitpunkt der Prüfung der Bilanz waren die Verbindlichkeiten im Wesentlichen beglichen.

2. sonstige Verbindlichkeiten € 18.341,24
(Vorjahr € 16.911,83)

Zusammensetzung:

	31.12.2017	31.12.2016
	€	€
<u>Lohnsteuer</u>	15.280,90	14.288,37
<u>Bewohner</u>		
Barverwahrungen	1.495,90	1.283,24
<u>Knappschaft Cottbus</u>		
Rückforderung	621,25	1.100,02
<u>Arbeitnehmer</u>		
Gehalt Schüler/Aushilfen 12/2016	0,00	140,70
<u>AOK Allgemeine Ortskrankenkasse Sachsen-</u>		
<u>Anhalt</u>		
Leistungsentgeltüberzahlung	154,42	0,00
<u>Fußpflegesalon</u>		
vereinnehnte Entgelte für Leistungen Dezember	196,00	0,00
<u>Sonstiges</u>	592,77	99,50
	<u>18.341,24</u>	<u>16.911,83</u>

E. Rechnungsabgrenzungsposten € 161,06
(Vorjahr € 1.515,61)

Dieser Posten beinhaltet im Voraus erhaltene Miete.

**B. Erläuterungen zu den Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017**

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

1. Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen € 1.927.499,00
(Vorjahr € 1.753.072,28)

Zusammensetzung:

	2017	2016	Veränderung
	€	€	€
<u>Erträge aus stationären Pflegeleistungen</u>			
Pflegegrad 2	256.119,12	0,00	256.119,12
Pflegegrad 3	496.990,16	0,00	496.990,16
Pflegegrad 4	774.765,34	0,00	774.765,34
Pflegegrad 5	384.791,66	0,00	384.791,66
Pflegeklasse I	0,00	501.015,02	-501.015,02
Pflegeklasse II	0,00	817.024,65	-817.024,65
Pflegeklasse III	0,00	401.972,86	-401.972,86
<u>Erträge aus Kurzzeitpflegeleistungen</u>	14.832,72	33.059,75	-18.227,03
	<u>1.927.499,00</u>	<u>1.753.072,28</u>	<u>174.426,72</u>

Die „Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen“ beziehen sich ab 2017 auf Pflegegrade.

Es wird nicht mehr nach Sozialhilfe und Selbstzahler unterschieden.

Die Pflegegrade sind mit den Pflegestufen nicht vergleichbar.

2. Erträge aus Unterkunft und Verpflegung € 546.755,82
(Vorjahr € 531.159,39)

Zusammensetzung:

	2017	2016	Veränderung
	€	€	€
Erträge aus Unterkunft	328.331,29	318.800,90	9.530,39
Erträge aus Verpflegung	218.424,53	212.358,49	6.066,04
	546.755,82	531.159,39	15.596,43

3. Erträge aus Zusatz- und Transportleistungen € 143.638,11
(Vorjahr € 142.019,25)

Diese Erträge resultieren aus zusätzlichen Betreuungsleistungen nach § 87 b SGB XI, die von den Pflegekassen gezahlt wurden.

4. Erträge aus gesonderter Berechnung von
Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen € 114.857,14
(Vorjahr € 116.327,91)

Es handelt sich um die den Kostenträgern und Selbstzahlern in Rechnung gestellten Investitionskosten gemäß § 82 Abs. 3 SGB XI. Der Eigenbetrieb hat die zweckentsprechende Verwendung der von den Pflegebedürftigen vereinnahmten Investitionskosten-zuzahlungen ordnungsgemäß nachgewiesen.

5. Zuweisungen und Zuschüsse € 3.400,43
(Vorjahr € 0,00)

Zusammensetzung:

	2017	2016	Veränderung
	€	€	€
Erstattung Bundesfreiwilligendienst	2.106,66	0,00	2.106,66
Lohnfortzahlungserstattungen	1.293,77	0,00	1.293,77
	3.400,43	0,00	3.400,43

6. sonstige betriebliche Erträge € 14.407,50

(Vorjahr € 11.693,08)

Zusammensetzung:

	2017	2016	Veränderung
	€	€	€
Gästeverpflegung	6.905,00	5.512,70	1.392,30
sonstige betriebliche Erträge	4.556,75	2.974,63	1.582,12
Inkontinenzmaterialpauschalen	1.680,00	1.435,00	245,00
Verpflegung Mitarbeiter	1.001,00	1.226,00	-225,00
Erträge Auflösung Rückstellungen	50,00	300,00	-250,00
Mieten und Pachten	214,75	214,75	0,00
Spenden	0,00	30,00	-30,00
	<u>14.407,50</u>	<u>11.693,08</u>	<u>2.714,42</u>

7. Personalaufwand € 2.079.454,15

(Vorjahr € 1.941.020,74)

a) Löhne und Gehälter € 1.699.165,60

(Vorjahr € 1.587.569,20)

	2017	2016	Veränderung
	€	€	€
Löhne und Gehälter	1.686.269,35	1.577.349,24	108.920,11
freiwilliges soziales Jahr	2.629,66	1.320,00	1.309,66
sonstiges Personal	10.266,59	8.899,96	1.366,63
	<u>1.699.165,60</u>	<u>1.587.569,20</u>	<u>111.596,40</u>

Die Mitarbeiter werden nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TvöD) bezahlt.

b) soziale Abgaben € 380.288,55

(Vorjahr € 353.451,54)

- davon für Altersversorgung: € 64.497,94 (Vorjahr € 58.135,45)

	2017	2016	Veränderung
	€	€	€
Sozialabgaben	315.790,61	295.122,09	20.668,52
Altersversorgung	64.497,94	58.135,45	6.362,49
sonstige Personalaufwendungen	0,00	194,00	-194,00
	<u>380.288,55</u>	<u>353.451,54</u>	<u>26.837,01</u>

Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung werden durch die Stadt Köthen (Anhalt) ohne Berechnung gegenüber dem Eigenbetrieb abgeführt.

8. Materialaufwand € 429.237,82

(Vorjahr € 409.133,03)

a) Lebensmittel € 128.761,16

(Vorjahr € 123.994,80)

Hierin enthalten ist Naturaliensatz der Küche.

b) Aufwendungen für Zusatzleistungen € 15.764,29

(Vorjahr € 16.232,80)

Die Aufwendungen für Zusatzleistungen umfassen:

	2017	2016	Veränderung
	€	€	€
pflegerischer und medizinischer Bedarf, ärztliche Leistungen	5.872,22	7.458,53	-1.586,31
kulturelle Betreuung	4.925,74	4.884,44	41,30
Beschäftigungstherapie	4.966,33	3.889,83	1.076,50
	<u>15.764,29</u>	<u>16.232,80</u>	<u>-468,51</u>

- c) Wasser, Energie, Brennstoff € 110.286,24
 (Vorjahr € 100.435,22)

Zusammensetzung:

	2017	2016	Veränderung
	€	€	€
Wasser und Abwasser	19.316,24	18.842,79	473,45
Elektroenergie	47.666,46	45.502,78	2.163,68
Fernwärme	42.279,51	35.013,81	7.265,70
Gas	1.024,03	1.075,84	-51,81
	<u>110.286,24</u>	<u>100.435,22</u>	<u>9.851,02</u>

- d) Wirtschaftsbedarf/Verwaltungsbedarf € 174.426,13
 (Vorjahr € 168.470,21)

Der Wirtschaftsbedarf/Verwaltungsbedarf enthält im Einzelnen:

	2017	2016	Ver- änderung
	€	€	€
Gebäudereinigung durch Fremdbetriebe	80.573,83	80.015,68	558,15
Reinigungs- und Hausverbrauchsmaterial	16.273,77	16.945,43	-671,66
Fort- und Weiterbildung	12.763,54	12.734,47	29,07
Wäschereinigung, Wäschebeschaffung	11.208,05	10.795,16	412,89
Beratungs- und Prüfungsgebühren	8.552,43	8.046,08	506,35
Büromaterial	6.522,71	6.540,01	-17,30
Rundfunk- und Fernsehgebühren	6.305,98	6.377,97	-71,99
Telefongebühren	5.273,05	4.653,26	619,79
EDV- und Organisationskosten	4.794,42	3.824,87	969,55
Werbeaufwand	3.970,41	2.856,60	1.113,81
Repräsentationsaufwand	3.700,54	4.129,32	-428,78
Treib- und Schmierstoffe	3.128,52	3.262,24	-133,72
Abgänge Sachanlagen Restbuchwert	3.126,00	0,00	3.126,00
Reisekosten	2.335,31	1.039,40	1.295,91
Übertrag	<u>168.528,56</u>	<u>161.220,49</u>	<u>7.308,07</u>

	2017	2016	Ver- änderung
	€	€	€
Übertrag	168.528,56	161.220,49	7.308,07
Gartenpflege	1.307,75	1.828,19	-520,44
sonstiger Bewirtschaftungsbedarf	1.223,17	693,94	529,23
Porto, Kleinfrachten	1.210,41	1.056,59	153,82
Bewirtungskosten	944,70	0,00	944,70
Beiträge	829,11	737,32	91,79
Bankgebühren	284,17	266,63	17,54
periodenfremde Aufwendungen	68,26	2.561,14	-2.492,88
Spenden	30,00	105,91	-75,91
	<u>174.426,13</u>	<u>168.470,21</u>	<u>5.955,92</u>

9. Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen € 6.149,99

(Vorjahr € 5.837,58)

Die Aufwendungen entstanden für zentrale Dienstleistungen der Lohn- und Gehaltsabrechnung.

10. Steuern, Abgaben, Versicherungen € 30.172,45

(Vorjahr € 34.763,46)

Hierunter werden Aufwendungen ausgewiesen für:

	2017	2016	Ver- änderung
	€	€	€
Abfallgebühren	18.621,33	22.871,56	-4.250,23
sonstige Versicherungen	4.513,232	4.410,48	102,75
Gebäudeversicherungen	4.411,00	4.327,72	83,28
Kraftfahrzeugversicherungen	1.439,49	1.413,04	26,45
sonstige Abgaben, Gebühren und Steuern	995,40	1.323,62	-328,22
Kraftfahrzeugsteuer	192,00	190,00	2,00
Straßenreinigung	0,00	227,04	-227,04
	<u>30.172,45</u>	<u>34.763,46</u>	<u>-4.591,01</u>

11. Mieten, Pacht, Leasing € 13.804,34
(Vorjahr € 11.170,85)

Zusammensetzung:

	2017	2016	Ver- änderung
	€	€	€
Leasingaufwendungen	8.571,02	6.233,64	2.337,38
DATEV-Nutzungsgebühren	3.043,35	2.759,33	284,02
Miete der Brandmeldeanlagen-aufschtaltung	2.039,97	1.996,98	42,99
Miete Stand Flohmarkt Forellenhof	150,00	50,00	100,00
Ausleihgebühr Häcksler	0,00	130,90	-130,90
	<u>13.804,34</u>	<u>11.170,85</u>	<u>2.633,49</u>

12. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten
für Zuschüsse zum Anlagevermögen € 109.643,04
(Vorjahr € 117.708,63)

13. Abschreibungen € 158.730,10
(Vorjahr € 157.798,40)

- a) Abschreibungen auf Sachanlagen und
immaterielle Vermögensgegenstände € 158.730,05
(Vorjahr € 157.798,26)

- b) Abschreibungen auf Forderungen € 0,05
(Vorjahr € 0,14)

14. Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung € 79.428,77
(Vorjahr € 98.898,18)

Zusammensetzung:

	2017	2016	Ver- änderung
	€	€	€
<u>Instandhaltungen/Reparaturen an</u>			
Außenanlagen	3.196,13	305,61	2.890,52
Gebäuden	19.354,66	17.972,90	1.381,76
technischen Anlagen	7.886,12	16.072,13	-8.186,01
Einrichtungen und Ausstattungen ohne			
Fahrzeuge	22.623,89	37.367,47	-14.743,58
Fahrzeugen	178,50	942,47	-763,97
Wartungskosten und Kleinmaterial	26.189,47	26.237,60	-48,13
	<u>79.428,77</u>	<u>98.898,18</u>	<u>-19.469,41</u>

Die Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung minderten sich gegenüber dem Vorjahr um € 19.469,41 (= 19,7 %) auf € 79.428,77.

15. Zinsen und ähnliche Erträge € 2,74
(Vorjahr € 80,23)

Zusammensetzung:

	2017	2016	Ver- änderung
	€	€	€
<u>Zinserträge aus</u>			
Termingeldanlagen	2,74	80,23	-77,49

16. Jahresüberschuss € 63.226,16
(Vorjahr € 13.438,53)

Der Jahresüberschuss ergibt sich aus der Darstellung in der Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2017.

- 17. Entnahmen aus Gewinnrücklagen
aus Betriebsmittelrücklagen € 0,00
(Vorjahr € 0,00)

- 18. Einstellungen in Gewinnrücklagen
in Betriebsmittelrücklagen € 63.226,16
(Vorjahr € 13.438,53)

- 19. Bilanzgewinn € 0,00
(Vorjahr € 0,00)

**Fragenkatalog
zur Prüfung
der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung
und
der wirtschaftlichen Verhältnisse
nach § 53 HGrG
für das Jahr 2017**

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
I. <u>Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation</u>	2
Fragenkreis	
1 Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge	2
II. <u>Ordnungsmäßigkeit des Geschäftsführungsinstrumentariums</u>	3
Fragenkreis	
2 Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen	3
3 Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling	5
4 Risikofrüherkennungssystem	7
5 Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate	8
6 Interne Revision	8
III. <u>Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungstätigkeit</u>	9
Fragenkreis	
7 Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans	9
8 Durchführung von Investitionen	10
9 Vergaberegelungen	11
10 Berichterstattung an das Überwachungsorgan	11
IV. <u>Vermögens- und Finanzlage</u>	13
Fragenkreis	
11 Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven	13
12 Finanzierung	14
13 Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung	15
V. <u>Ertragslage</u>	15
Fragenkreis	
14 Rentabilität/Wirtschaftlichkeit	15
15 Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen	16
16 Ursachen des Jahresfehlbetrags und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage	16

**Fragenkatalog und Feststellungen
zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und
der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG
für das Wirtschaftsjahr 2017**

I. Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation

**Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung
sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge**

- a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Regelungen hierzu trifft die Betriebssatzung für den Eigenbetrieb. Durch den Heimausschuss werden die Aufgaben, die in der Gemeindeordnung und im Eigenbetriebsgesetz für Aufsichtsorgane festgeschrieben sind, wahrgenommen. Die Regelungen sind für die Größe des Eigenbetriebs ausreichend.

- b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Im Berichtsjahr fanden an folgenden Terminen Sitzungen des Heimausschusses statt:

2. März 2017
24. August 2017
23. November 2017.

Niederschriften darüber wurden erstellt und lagen uns vor.

- c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Die Heimleiterin ist in keinen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG tätig.

- d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Die Angaben über die Vergütung werden gemäß § 286 Abs. 4 HGB nicht dargestellt, da sich anhand dieser Angaben die Bezüge eines einzelnen Mitglieds feststellen lassen.

Die Heimleiterin ist über einen Arbeitsvertrag angestellt; die Vergütung erfolgt auf der Grundlage des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD). Der Heimausschuss erhält weder Auslagenersatz noch anderweitige Vergütungen vom Eigenbetrieb. Somit entfällt die Darstellung im Anhang.

II. Ordnungsmäßigkeit des Geschäftsführungsinstrumentariums

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Aufgrund der überschaubaren Größe der Einrichtung ist ein Organisationsplan im eigentlichen Sinne nicht erforderlich. Zuständigkeiten und Weisungsbefugnisse regelt die Betriebssatzung in ausreichendem Umfang. Weitere Grundlage für die Betriebsorganisation ist das Qualitätsmanagementhandbuch.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Nein, es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben.

- c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Arbeitsvertragliche Verpflichtungen aller Mitarbeiter zu Ablehnung von personengebundenen Geschenken liegen vor.

- d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Richtlinien ergeben sich im Wesentlichen aus der Satzung des Eigenbetriebes „Städtisches Pflegeheim Am Lutzepark“ und aus den Stellenbeschreibungen bzw. Dienstbeanweisungen des Eigenbetriebes der Stadt Köthen (Anhalt). Die Einhaltung ist sichergestellt. Entscheidungsprozesse von Bedeutung werden vorab in den Sitzungen des Ausschusses bzw. in den Wirtschaftsplänen geregelt und beschlossen.

Des Weiteren gibt es Stellenbeschreibungen.

Anhaltspunkte zur Nichteinhaltung der Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen haben sich im Laufe der Prüfung nicht ergeben.

- e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Wichtige Verträge, wie Werks- und Lieferverträge, sind in geeigneter Form abgelegt und übersichtlich gegliedert.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

- a) Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Eigenbetriebs?

Der konkrete Planungshorizont ist stets das Kalenderjahr. Der Wirtschaftsplan wird auf realistischen Grundlagen aufgebaut und bei unvorhersehbaren drastischen Abweichungen zum tatsächlichen Ist fortgeschrieben. Plan-Ist-Vergleiche werden von der Heimleitung kontinuierlich im Jahr vorgenommen.

- b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Plan-Ist-Vergleiche werden durch die Heimleitung ausgewertet und ggf. notwendige Maßnahmen sofort eingeleitet.

- c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Finanz- und Anlagenbuchhaltung werden EDV-gestützt im Eigenbetrieb geführt und die Zugriffsberechtigungen durch entsprechende Passwörter geschützt. Anerkannte Regeln werden laut Vorgabe berücksichtigt und angewendet. Die Lohnabrechnung erfolgt durch einen externen Anbieter. Der Eigenbetrieb stellt hierzu die Personalstammdaten und die monatlichen Angaben zu den variablen Lohnbestandteilen zur Verfügung. Die Finanzbuchhaltung ist entsprechend den Vorschriften der PBV aufgebaut und übersichtlich gegliedert. Das Belegwesen ist ordnungsgemäß und das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung erfüllt die Anforderungen nach Gesetz, Satzung und Wirtschaftlichkeit.

- d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Eine tagesaktuelle Liquiditätskontrolle erfolgt durch Einsicht in den Kontenstand und in die Kontenbewegungen.

Ansonsten ist die Frage unzutreffend, da keine Kredite vorhanden sind.

- e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten werden?

Zu dem Finanzmanagement gehört kein zentrales Cash-Management-System.

- f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Die Rechnungslegung erfolgt zeitnah. Die Bewohner-Eigenanteile werden weitestgehend über das Lastschriftverfahren eingezogen. Pflegekassen zahlen in der Regel innerhalb von 6 Wochen nach Rechnungslegung. Das Mahnwesen bezüglich ausstehender Leistungsentgelte durch die Pflegekassen obliegt der Finanzbuchhaltung und ist angemessen.

- g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?

Aufgrund der Größe des Eigenbetriebs ist kein Controlling im eigentlichen Sinne installiert; Kennziffernanalyse, Plan-Ist-Vergleiche, Stellenplanung usw. werden von der Heimleitung wahrgenommen. Die Heimleitung nimmt monatlich einmal an der Dienstberatung der Amtsleiter im Dezernat 3 teil und führt selbst in monatlichen Abständen Dienstberatungen mit den Abteilungsleitern der Bereiche Pflegedienst, Hauswirtschaftsleitung, Küchenleitung, Wohnbereichsleitung und Ergotherapie durch. Protokolle werden immer angefertigt.

- h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Tochterunternehmen bzw. Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht, existieren nicht.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Es erfolgt eine ständige Überwachung der Kapazitätsauslastung, um Einnahmenverluste entgegenwirken zu können, sowie die Prüfung des notwendigen Personaleinsatzes zur Kontrolle des Hauptkostenfaktors Löhne und Gehälter. Die Heimleitung unterrichtet den Heimausschuss regelmäßig in schriftlicher Form über die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation.

- b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Ja, diese Maßnahmen reichen aus und sind geeignet, ihren Zweck zu erfüllen.

- c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Die Dokumentation der Überwachung der wirtschaftlichen Situation (vgl. Aussagen unter a)) erfolgen EDV-gestützt über MS Excel. Die Auswertungen reichen von der Gegenüberstellung des Personalschlüssels aufgrund der Pflegestufensituation im Soll und Ist über Vermögensplan-Soll-Ist-Vergleiche bis hin zur Prognoserechnung auf den 31.12. eines jeden Jahres. Mehrjahresvergleiche sind ebenfalls vorhanden. Die Dokumentation ist für die Betriebsführung und -überwachung ausreichend.

- d) Werden diese Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Nach unseren Feststellungen und den uns gegebenen Auskünften werden die Frühwarnsignale ständig auf Aktualität überprüft und die Überwachungsmaßnahmen kontinuierlich durchgeführt. Es erfolgt eine ständige Marktbeobachtung in Bezug auf Konkurrenzsituation in Köthen (Anhalt).

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten festgelegt? Dazu gehört:

Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?

Dieser Fragenkreis entfällt, da solche Finanzinstrumente beim Eigenbetrieb nicht eingesetzt werden.

Fragenkreis 6: Interne Revision

Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzern entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?

Eine Innenrevision besteht nicht und ist in Bezug auf die Größe des Eigenbetriebes nicht erforderlich. Prüfungen werden durch das Rechnungsprüfungsamt Köthen (Anhalt) wahrgenommen. Darüber hinaus werden interne Kontrollaufgaben der Heimleiterin erfüllt.

III. Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungstätigkeit

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

- a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Nein. Ausschreibungspflichtige Leistungsvergaben werden grundsätzlich ordnungsgemäß ausgeschrieben und durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Köthen (Anhalt) geprüft. Die übrige Auftragsvergabe erfolgte im Umfang der Regelungen in der Betriebssatzung.

Im Jahr 2017 gab es keine zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäfte und Maßnahmen.

- b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder des Betriebs oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Es wurden keine Kredite an die Mitglieder des Eigenbetriebes oder des Überwachungsorgans gewährt.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

- d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Im Rahmen der Prüfung sind uns keine Geschäfte bekannt geworden, die nicht in Übereinstimmung mit Gesetz, Satzung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans stehen.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

- a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Es erfolgten lediglich betriebsnotwendige Ersatzbeschaffungen. Ansonsten gelten immer die durch den Heimausschuss beschlossenen Investitionspläne.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Preisermittlung nicht ausreichend war.

- c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Investitionen erfolgen im Rahmen des genehmigten Haushalts- und Investitionsplans. Veränderungen werden durch die Heimleitung dem Heimausschuss schriftlich mitgeteilt.

- d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Die für 2017 geplante Investitionssumme betrug € 51.257,00; die tatsächlich getätigten Investitionen belaufen sich auf € 67.715,05.

Zu Überschreitungen von Investitionen verweisen wir auf Punkt 8 a).

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Nein, es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben. Es liegen keine Kreditverbindlichkeiten vor, auch Leasingverträge wurden nicht nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen.

Fragenkreis 9: Vergaberegelungen

- a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

Es ergaben sich keine Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegeln.

- b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Es werden grundsätzlich Vergleichsangebote eingeholt.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

- a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Berichterstattungen über die finanzielle Situation und die Auslastungssituation erfolgen regelmäßig in den Heimausschusssitzungen durch die Heimleitung.

- b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Unseres Erachtens vermitteln die Informationen einen zutreffenden Eindruck von der Situation des Eigenbetriebes „Städtisches Pflegeheim Am Lutzepark“.

- c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Es liegen keine ungewöhnlichen, risikoreichen oder nicht ordnungsgemäß abgewickelten Geschäftsvorfälle vor. Der Heimausschuss wurde regelmäßig über den Stand der Entgeltsatzverhandlungen mit den Kostenträgern informiert.

- d) Zu welchen Themen hat die Betriebs-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Die Heimleitung berichtete dem Heimausschuss im Wesentlichen zu folgenden Themen:

- Wirtschaftsplan für 2018
- Feststellung Jahresabschluss 2016
- Wahl des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss zum 31.12.2017
- wirtschaftliche Entwicklung des Pflegeheims (Quartalsberichte)
- Auskünfte zur Überleitung Pflegestufen in Pflegegrade einschließlich finanzieller Auswirkungen.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Derartige Vorgänge sind uns nicht bekannt.

- f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Eine D&O-Versicherung wurde vom Eigenbetrieb nicht abgeschlossen.

- g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?

Interessenkonflikte sind bei unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

IV. Vermögens- und Finanzlage

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

- a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Nein, nicht betriebsnotwendiges Vermögen besteht in wesentlichem Umfang nicht.

- b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Nein, auffallend hohe oder niedrige Bestände an Vermögensgegenständen bestehen nicht.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Hierzu lagen uns keine Anhaltspunkte vor.

Fragenkreis 12: Finanzierung

- a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Der Eigenkapitalanteil beträgt 23,9 %. Unter Einbeziehung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Sachanlagevermögen beträgt der Eigenkapitalanteil 97,5 %.

Am Abschlussstichtag bestanden keine wesentlichen Investitionsverpflichtungen.

- b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Die Frage ist nicht einschlägig, da der Eigenbetrieb kein Konzern ist.

- c) In welchem Umfang hat der Eigenbetrieb Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Die Frage ist unzutreffend, da das Pflegeheim im Berichtszeitraum keine Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten hat.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

- a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Zum 31. Dezember 2017 und im Prüfungszeitraum bestanden keine Finanzierungsprobleme. Aufgrund des positiven Jahresergebnisses 2017 ist eine weitere Verbesserung der Finanzlage eingetreten.

- b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Der Jahresüberschuss 2017 ist vorbehaltlich des Beschlusses des zuständigen Organs in Betriebsmittelrücklagen zur Finanzierung von Betriebsaufwendungen des Pflegeheims eingestellt.

Der Gewinnverwendungsvorschlag ist mit der wirtschaftlichen Lage des Eigenbetriebes vereinbar.

V. Ertragslage

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

- a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?

Aufgrund der Größe des Eigenbetriebs erfolgte keine Segmentierung.

- b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Nein.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass derartige Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden.

- d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Nicht für den Eigenbetrieb zutreffend.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

- a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Besondere verlustbringende Geschäfte gab es nicht.

- b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Nicht zutreffend, da ein positives Ergebnis erwirtschaftet werden konnte.

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

- a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Nicht für den Eigenbetrieb zutreffend (siehe Fragenkreis 15 a).

- b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Zur Ertragslage verweisen wir auf die Ausführungen im Lagebericht.

Allgemeine Auftragsbedingungen